

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierzehntägige Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212

Mittwoch, den 11. September 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die republikanische Regierung und der Zar.

Wp. Was doch diese französische „Regierung der republikanischen Einigung“ nicht alles zusammenbringt! Sie versöhnte die sozialen Gegensätze durch die Aufnahme Millerands ins Ministerium; sie versöhnte die traditionellen politischen Gegensätze zwischen Republik und Monarchie durch unterthänige Subordination unter den Willen des russischen Absolutismus, sie versöhnt jetzt auch die Generalsstäbler und Staatsstreicher durch den Besuch des Zaren! Der ouslede selbst, der Hauptstaatsstreicher, fordert seine Getreuen auf, sich um Loubet zu scharen, der vor dem Zaren Frankreich vertritt. Die Gefährten derer der Republik und ihre Retter reichen sich die Hände und alle sinken zu den Füßen des Zaren! Deroulede greift nicht mehr dem Pferde des Generals Roger in die Zügel — mit derselben theatralischen Geste hält er den Streigbügel dem Präsidenten Loubet. Dies der Tugendlohn dieser „Vertheidiger der Republik“, die mit solcher Engelsgebuld das Ziel erstrebt und erreicht haben, sich ihre Feinde zu versöhnen.

So hat die bürgerliche Demokratie in Frankreich sich selbst ad absurdum geführt. Sie war zu feige, zu sehr durch Interessengegenstände in sich selbst zerfressen, um nachdem sie zur Macht gelangt war, eine konsequente demokratische Politik nach Innen und Außen durchzuführen. Ihr Ehrgeiz war, der Kapitalistenklasse und jeder auf der Unterdrückung des Volkes sich aufbauenden Kliquenherrschaft die Gefährlichkeit der Demokratie zu zeigen.

Der Klerus fürchtete, dieses radikale Ministerium werde ihm mit einem Schüreien auf den Leib rücken, schließlich alle Welt weiß, daß die Klsterkassen, Schulen, Hospitäler, Waisenhäuser u. in Frankreich die reinsten sozialpolitischen und kulturellen Augiasställe sind, aber er wurde nur mit einem Gänsekiel hinterm Ohr gefikelt: nach vielen schwülstigen kulturkämpferischen Reden im Parlament und einer formellen Gesetzgebung, blieb alles beim Alten und der Klerus behielt seine Klster, Schulen, Hospitäler, Waisenhäuser, treibt nach wie vor die schändlichste Volksausbeutung, Massenbetrug, Massenverdrummung und systematische, raffinierte Vergiftung der kindlichen Seele. Sei unbesorgt, Pfaffe! die bürgerliche Demokratie kann dich nicht entbehren, denn sie braucht deinen Fluch und deinen Segen, deine Hölle, um die Massen zur Sanftmuth zu stimmen, deinen Himmel, um sie auf Erden zu Nutzen ihrer Ausbeuter entbehren zu lehren!

Die militärische Kamarilla glaubte, ihr Ende sei gekommen, die demokratische Regierung werde, wenn nicht gar die Volksmiliz einführen, so doch die Standesherrschaft des Offizierkorps brechen, aber nein, nichts von alledem, nicht einmal viele persönliche Aenderungen haben stattgefunden, dagegen ergeht sich die Regierung in Schmeicheleien vor dem Militär, giebt sich alle Mühe, zu demonstrieren, wie sehr sie die Traditionen der Armee hochhalte. Berufssoldat halte fest an deinem Standesdünkel! so braucht dich die bürgerliche Demokratie am besten! Verne die Volksanalle, hassen, dann wird deine Stimme nicht beben, wenn du Feuer gegen die Arbeitermassen zu kommandieren haben solltest. Nimm die Gallifet zum Beispiel! Das Volk vergiebt und vergißt, die Söhne drücken die Hand, die ihre Väter und Mütter mordete. Wegen einer republikanischen Redensart werden sie dich bejubeln, und wenn du vorher zwanzigmal die Freiheit gemeuchelmordet haben solltest. Sei treu dem Kapital, und der Staat sorgt für dein Avancement!

Das Kapital glaubte, weil Millerand Minister wurde, die Demokratie stelle sich in den Dienst des Sozialismus; es überzeugte sich später, daß diese bürgerliche Demokratie vielmehr den Sozialismus in den Dienst des Kapitals zu stellen sucht. Millerand ist nicht nur von den sozialistischen Arbeitern, er ist thatsächlich zunächst auch von der Kapitalistenklasse mißverstanden. Erst durch seine „positive“ Ministerthätigkeit hat er Klarheit geschaffen. Auf der kapitalistischen Seite weiß man es bereits nicht nur in Frankreich, sondern in den reaktionärsten Kreisen des befreundeten Rußlands, was dieses sozialistische Ministerium zu bedeuten hat. So stimmt die „Nowoje Wremja“ einen wahren Lobeshymnus auf diese radikale Regierung der französischen Republik an: „Früher in feindliche Lager getrennt, hat sich Frankreich rasch in der Verfolgung höherer nationaler Interessen geeinigt. Die Parteien, die dem politischen Regime der Jetztzeit feindlich gegenüberstehen, suchen nicht mehr den Kampf zu verschärfen, sondern sie beschränken sich auf einen schweigenden Protest, der durch nichts den friedlichen Verlauf des Lebens stört.“ Wörsenkömige, Industriemagnaten, Spekulanten und Tagediebe! laßt euch in euren Geschäften, eurem Spiel, euren Vergnügungen nicht stören, der gemietete Garde-Schweizer Millerand hält Wache an eurem Herrschaftspalais! Die bürgerliche Demokratie schenkt euch den kostlichsten Frieden, den sozialen Frieden. Sie

versteht es besser, wie jede andere, die Arbeitermassen im Zaum zu halten: sie befähigt sie durch demokratische Phrasen, sie zerstückelt ihre Aufmerksamkeit an einem Wust parlamentarischer Zwerghätigkeit, an einer unendlichen Zahl unendlich bedeutungsloser Gesetzesanträge, formaler Reformen, deren einziger Zweck ist, das Parlament zu beschäftigen, an denen sich aber die Energie des Proletariats verzettelt, sie sprengt die sozialistischen Organisationen, indem sie Zwietracht in ihre Reihen bringt. Die bürgerliche Demokratie ist der sicherste Schutz des kapitalistischen Privateigentums!

Die Chauvins, die französischen Mordspatrioten glaubten, die Regierung der Demokratie werde vor allem für den Frieden unter den Völkern sorgen, sie werde jeder Abenteuerpolitik abhold sein und sie werde schon jedenfalls das hoch angelegene Konto des Zaren einer genauen Revision unterwerfen. Das Letztere fürchtete man auch in Rußland und man hat dort deshalb die neue Regierung ganz unverhohlen bekämpft. Unnötige Sorgen! Die bürgerliche Demokratie kann es nicht wagen, mit dem Chauvinismus zu brechen. Hört dieser nationalistische Rummel, der das Volk in einem ewigen Hangen und Wanken um die Sicherheit des Landes hält, auf, so erscheint die Last des Militarismus doppelt drückend, das Volk erkennt die sozialen Mißstände des eigenen Landes mit einem schärferem Blick, sein Streben richtet sich mit potenziertener Energie darauf, Ordnung im eigenen Hause zu schaffen. Die beste Gewähr des „sozialen Friedens“, d. h. der ungetrübten Herrschaft des Kapitals, ist die permanente Kriegsgefahr. So hat denn die Regierung der bürgerlichen Demokratie nicht nur alles ängstlich vermieden, was geeignet wäre, den Zaren mißzustimmen, sondern sie sicherte ihm neue Anleihen, und jetzt bringt sie ihn nach Frankreich.

Und so ist denn zum Ueberflus aufs Neue der Beweis erbracht worden, daß die bürgerliche Demokratie nichts anderes ist als eine besondere Form der Herrschaft der Bourgeoisie. Aller Wechsel der politischen Form, der sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung abspielt, springt immer wieder auf dasselbe heraus: auf die Herrschaft der Bourgeoisie. In den Staaten mit einem entwickelten Parlamentarismus wird der politische Wechsel selbst immer mehr zu einem parlamentarischen Spiel. Bald ist es die Kriegsgefahr, mit der die Bourgeoisie die Öffentlichkeit blendet, um sich die Herrschaft zu sichern, bald die „soziale Gefahr“, heute ist es die eine Regierung der sozialen Ausbeutung, morgen eine Regierung der „starken Faust“, sie herrscht mit dem Prozeß Dreifus und herrscht mit der Revision des Prozesses, sie herrscht mit den Staatsstreichelisten, die sie förmlich züchtete, und herrscht, als das nicht mehr zog, mit dem Kampf gegen den Staatsstreich; in dem Ministerium der republikanischen Einigung, mit sozialistischem Farbenanstrich gegen ihr, weil neu, ein Coup, wie schon längst nicht mehr.

Noch werden bedeutende Massen französischer Arbeiter von Millerand in Hypnose gehalten; was er an Ansehen verloren hat, das wird von Jaures ersetzt, der gerade jetzt seine ganze Autorität bei den Arbeitern nicht nur für Millerand, sondern für die Regierung Waldeck-Rousseau offen einsetzt; der Sozialismus reißt sich im inneren Streit auf, und so ist der „soziale Friede“ für geraume Zeit gestrichelt. Diese günstige Situation scheint die französische Bourgeoisie zu einer groß angelegten Abenteuerpolitik ausnützen zu wollen. Der intensive diplomatische Verkehr zwischen Paris und Petersburg in der letzten Zeit giebt den schlimmsten Befürchtungen einen Wahrscheinlichkeitsgrund. Was der Zar will, ist ja klar. Er braucht Geld, denn in Rußland herrscht Krisis und Hungersnoth. Was aber veranlaßt die französische Regierung so über alle Maßen zuvorkommend zu sein? Das Zarenthum ist ein Schuldner am Rande des Bankrotts, es leht nur noch vom Schuldenmachen, die Verantwortung, welche die französische Regierung auf sich nimmt, indem sie sich in den russischen Staatsanleihen politisch und moralisch engagirt, ist enorm groß, kann zu viel schlimmeren Folgen führen, als das Engagement des französischen Parlaments in der Panama-Affaire. Warum läßt sich die französische Regierung in dieser Angelegenheit soweit engagiren? Gründe innerer Politik allein werden es kaum sein. Und denkt man an die äußere Politik, so eröffnen sich allerdings sehr weitgehende Möglichkeiten. Englands Macht ist durch den Burenkrieg lahmgelagt. Unter diesen Umständen könnte man nicht nur in Ostasien, sondern vor allem im europäischen Orient vieles wagen, wenn man sich der Zustimmung Deutschlands versicherte. Auf diese Kombination arbeitet man in Rußland lange hin. Gerade jetzt anlässlich der Reise des Zaren nach Deutschland und Frankreich ergeht sich die russische Presse, offenbar auf höheren Befehl, in förmlichen diplomatischen Bewerbungen um Deutschland. Zugleich kommen aus verschiedenen Stellen vom Balkan beruhigende Gerüchte. Es giebt zwar auch Gründe gegen die Eventualität großer Verwickelungen, vor allem die russische Hungersnoth, doch ausschlaggebend sind sie nicht. Aber ohne einen europäischen Krieg ist die Orientfrage jedenfalls nicht zu lösen.

Die Reise des Zaren ist ein Zeichen drohender Kriegsgefahr. Diese Kriegsgefahr wird von der Regierung der republikanischen Einigung, des sozialen Friedens heraufbeschworen, gefördert. Kommt es zum Krieg, so haben Loubet und Waldeck-Rousseau ihre Schuld dran, aber auch Millerand und Jaures.

## Zum Attentat auf Mc Kinley.

Die letzten aus New-York eingetroffenen Meldungen berechtigen zu der Hoffnung, daß es der Kunst der Ärzte gelingen wird, den tödlich verletzten Präsidenten am Leben zu erhalten. Die „New York Times“ erfahren aus Buffalo, die Ärzte hätten den Vizepräsidenten Roosevelt ermächtigt, den Senatoren Proctor und Lodge und anderen Parteiführern sowie den persönlichen Freunden Mc Kinley's mitzutheilen, daß der Präsident genesen werde. Der New Yorker Arzt Mc Burney, der Mc Kinley eingehend untersucht hat, soll sogar erklärt haben, wenn kein Rückschlag einträte, könne der Präsident in drei Wochen oder in einem Monat die Geschäfte wieder übernehmen. Es hätten sich Anzeichen einer peristaltischen (wurmartigen) Thätigkeit wieder eingestellt, wodurch die Gefahr der Peritonitis (Bauchfellentzündung) erheblich herabgemindert sei. Wenn Mc Kinley durchkommt, so ist ein Nege, Namens Parter, sein Lebensretter. Parter war Kellner und verhiute durch kräftiges Zufassen den dritten Schuß des Attentäters. Frau Mc Kinley, die selbst schwer leidend ist, wurde in schonendster Weise von dem fluchwürdigen Anschlag Kenntniß gegeben; sie weiß aber noch nicht, daß ihr Gatte schwer verletzt ist, sondern glaubt, die Wunde sei nur unbedeutend.

Der Attentäter Czolgosz wurde zu seiner eigenen Sicherheit in ein unterirdisches Gefängniß abgeführt, da man immer noch befürchtet, daß die Menge ihn lynchen könnte. Auf Mitsuuldige wird noch weiter eifrig gefahndet. Die Polizei entwickelt großen Eifer, um eine allgemeine Anarchistenverschwörung nachzuweisen, indessen ohne viel Erfolg, was die Chicagoer Polizei und der dortige Bürgermeister Harrison, der die Untersuchung leitet, selbst zugeben. In Chicago sind bereits 12 Personen verhaftet und getrennt vernommen worden. Auch der Kriegsssekretär Root erklärte, es seien keine Anzeichen vorhanden, daß irgend ein Komplott vorliege. Die Polizei sucht besonders eifrig nach der bekannten Anarchistin Emma Goldmann, welche kurz vor der Ausführung der That in Buffalo gewesen sein soll. Doch dürfte auch diese Spur zu keinem Ziele führen. Die Anarchistenführer in Paterson und Detroit kennen Czolgosz überhaupt nicht; sie glauben, daß er lediglich ein enttäuschter Stellenjäger sei. Auch Wolff's Anarchistenblatt „Freiheit“ erklärt, obgleich es im Uebrigen das Attentat billigt, daß Czolgosz nicht zu den regulären Mitgliedern der Anarchisten-Organisation gehöre. Czolgosz selbst sagte in einem sechsstündigen Verhör, daß er dem Präsidenten drei Tage lang gefolgt sei, in der Erwartung, einen günstigen Augenblick zur Verübung der That zu finden. Er erklärte ferner positiv, Niemand habe von dem Attentat gewußt, und er habe keinen Mitsuuldigen. Czolgosz hat große abstehende Ohren, sieht anämisch (blutarm) aus, ist häufig fränklich gewesen und zeigt viele Merkmale eines Degenerirten.

Sollte etwa der Fall eintreten, daß Mac Kinley seiner schweren Verwundung erliegt, so braucht keine Neuwahl stattzufinden. Nach der amerikanischen Verfassung geht dann die Präsidentenwürde ohne weiteres auf den Vizepräsidenten über. Dieses Amt bekleidet zur Zeit der aus dem Kriege auf Kuba als Führer der „Rough-riders“ (rauen Reiter) bekannte Roosevelt, ein enragirter, auf Mac Kinley's Politik nach außen und innen hin eingeschworener Republikaner, der eine Zeit lang auch Gouverneur des Staates New-York gewesen ist. Vizepräsident Roosevelt giebt sich nach Washington, um die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Kongreß zu einer außerordentlichen Session zusammenberufen wird.

In Boston waren Sonntag die Sozialisten des Staates Massachusetts zusammengetreten; sie nahmen eine Resolution an, die die That Czolgosz' verurtheilt. — In Chicago wurde in einer Versammlung von zweitausend Sozialisten, einer Volksfischen Meldung zufolge, eine Sympathie-Resolution für den Präsidenten abgelehnt. Die Gegner des Antrags betonten, Mac Kinley sei ein Vertreter der Kapitalistenklasse; ob er in Sicherheit oder in Gefahr sei, bilde keinen Gegenstand der Sorge für die Sozialisten.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Keine neuen Steuern! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht folgendes Dementi: „In jüngster Zeit ist in der Presse mehrfach das Gerücht verbreitet worden, daß an den neuen Zolltarif sich eine Reichsfinanzreform an-

knüpfen und daß regierungsfreudig dabei an eine Erhöhung der bestehenden, wie an die Einführung neuer Reichsteuern gedacht werde. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, entbehren diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage. — Die Erfahrung hat leider nur gelehrt, daß auf berartige offiziöse Dementis kein Verlaß ist.

**Eine neue Kaiserrede.** Am Montag Vormittag hat Wilhelm II. in Königsberg bei der Entgegennahme des üblichen Ehrentrunks nach längerer Pause wieder einmal eine öffentliche Ansprache gehalten, und der Telegraph beeilt sich, die Rede in alle Winde zu verbreiten. Der Kaiser ging davon aus, daß auf all den Tagen, die jetzt in Königsberg verstrichen sind, der Schatten der Trauer um die Kaiserin Friedrich lagere und diese dadurch zu ersten Gedanktagen umgestaltet habe, so auch der heutige, der in jeder Beziehung ein weihvoller Gedentag sei — um dann wörtlich fortzufahren:

„Ich wünsche von ganzem Herzen, daß die Provinz erkennen möge aus der Feier des gestrigen Tages (Einweihung der Königin Viktoria-Kirche), wie hoch ich das Band schätze, welches uns mit einander verbindet. Um noch einmal feierlich zu betonen, daß das Königthum in Preußen und aus ihm hervorgehend das deutsche Kaiserthum in Königsberg und Ostpreußen wurzle, habe ich meine Reichsinignien hierher gebracht und sie gestern an Gottes Altar stellen lassen, damit Ihre Augen sie sehen und damit der Segen Gottes von neuem auf sie herabgeschleht werde, vor demselben Altar, wo einst Kaiser Wilhelm der Große stand und sich die Krone aufs Haupt setzte, als diejenige, welche nur von Gott allein ihm gegeben und als von Gott allein ihm zustehend erachtet wurde. So war denn der gestrige Tag ein Symbol zur Erinnerung an die Bethätigung des Königthums von Gottes Gnaden, zur Erinnerung an die schweren und die guten Tage, die Ostpreußen mit seinem Königthum erlebt hat. Denn das Großartige in der Erhebung, die zu den Freiheitskriegen führte, lag nicht nur darin, daß auf den Ruf seines Königs ein jeder Ostpreuße und jeder Preuße zu den Waffen griff und sein Schwert schwang, sondern daß vor Allem die Einheit in sich selbst und die Ruhe vor dem Allerhöchsten den Anfang machten. So möge dieser Geist der Väter, der das Große vorbereiten half, und die Thronensat der hochseligen Königin Luise, die sich in die herrlichen Akte gewandelt hat, die Sie noch mitgemäht haben und die ich einheimisch, so möge dieser Geist wieder von dieser Provinz ausgehen und vorbildlich für das gesammte Vaterland werden zu hingebungsvoller Mitarbeit und vertrauensvollem Aufblick zu dem König. Sie mögen versichert sein, daß die Krone, die Sie gestern gesehen, und das Szepter, das vor Ihnen am Altar lag, allezeit unter der Devise „Sum enique“ (Jedem das Seine. Red.) den Schutz und die Förderung der Interessen dieser Provinz gewährleisten wird, solange ich und meine Nachfolger noch im Stande sind, die Hand zu führen zum Wohl von Ostpreußen und des Vaterlandes. In diesem Sinne erhebe ich den Befehl und verbinde damit eine Widmung, die Sie gewünscht haben. Gedenke ich Sie hute, die Gabe dieses Symbols anzunehmen, hoffe ich, daß Sie sich der Einsetzung des Königthums und der Jetztzeit erinnern werden. Ich würde auf das Wohl der Provinz!“

Wenn wir auch gewohnt sind, daß sich die Reden Wilhelm II. durch religiöse Ueberhöhung auszeichnen, so ist doch in keiner einzigen seiner Reden, soweit uns augenblicklich erinnerlich, das religiöse Moment jemals so stark betont worden wie diesmal.

**Frühere Attentate.** Wenn man die Geschichte der Attentate auf fürstliche Personen und Staatsmänner während der letzten 50 Jahre verfolgt, wird man, so lesen wir in der „Frankf. Ztg.“, finden, daß die Zahl der Attentate im Verhältnis nicht größer geworden ist. Von 1848 bis 1878 zählt man 23 solcher Attentate, allein die wenigsten derselben hatten den von den Attentätern gewünschten Erfolg. Auf Napoleon III. ist wiederholt geschossen worden, doch starb er im Bett. Auf Friedrich Wilhelm IV. wurde 1851 zweimal geschossen, aber auch er kam unverletzt davon; ebenso entging Victor Emanuel 1863 dem Anschlag eines Attentäters, dagegen wurde König Ferdinand von Neapel 1856 von einem Soldaten erschossen. Die Königin Isabella von Spanien wurde 1856 von Fuentes angegriffen und auf den König von Griechenland schloß ein Student im Jahre 1862. Der Präsident Abraham Lincoln wurde am 15. April 1865 ermordet. Alfons XII. von Spanien erlebte 1878 ein Attentat. Seit 1878 fand die Attentate mit tödtlichem Ausgange für die Opfer etwas zahlreicher geworden als in der 30jährigen Periode vorher. Ermordet wurden: Alexander II. von Rußland am 1. März 1881, nachdem vorher fünf vergebliche Attentate gegen ihn verübt worden waren am 4. April 1866 von Korea Kojow in Petersburg, 6. Juni 1867 von Berzowski in Paris, 2. April 1874 von Alexander Solowjew in Petersburg, 18. November — 1. Dezember 1879 von Hartmann bei Moskwa durch Sprengung einer Mine unter der Eisenbahn und 5. 17. Februar 1880 im Winterpalast) — der Präsident der Vereinigten Staaten Garfield am 2. Juli 1881 durch Gaitan, Lord F. Cavendish und L. H. Harle am 6. Mai 1882 in Rhonny-Park zu Dublin durch die irischen „Unbefleglichen“, der Präsident der Französischen Republik Sadi Carnot am 24. Juni 1894 durch Caserio, der bulgarische Premierminister Stambulow am 15. Juli 1895, der Schah von Persien Kaschidjan durch den Mollah Reza am 1. Mai 1896, der spanische Premierminister Canovas del Castillo durch Gotti am 8. August 1897, der Präsident von Uruguay, Zviarte Borda durch einen Offizier am 25. August 1897, die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich am 10. September 1898 in Genf durch Luciani und König Humbert von Italien am 29. Juli 1900 in Monza durch Bresca, nachdem auf ihn zwei vergebliche Attentate verübt worden (17. November 1878 in Rom durch Acciarito und am 22. April 1897 in Neapel durch Paganini). Attentatsversuche wurden in der angegebenen Zeit gemacht gegen Kaiser Franz Josef von Oesterreich 1852 (1853 von Libany), die Königin Victoria von England durch Robert Mackenzie (2. März 1862) in Windsor, nachdem schon früher vier Mal Attentate verübt worden waren (10. Juni 1840 durch Edward in Oxford, 30. Mai 1842 durch John Francis, 3. Juli durch Beau und 19. Mai 1849 durch William Hamilton), Milan von Serbien durch Karaslowitz (23. Oktober 1882), Alexander III. (März und Mai 1887), Jules Ferry durch Albertin (10. Debr. 1887), der Emir von Afghanistan Abdurrahman am 26. Dezember 1888, der Kaiser von Brasilien Pedro II. durch Sotti (15. Juli 1889), Crispi-

durch Paolo Lega (16. Juni 1894), Felix Faure durch Francois 1896 und 1897, König Georg von Griechenland und seine Tochter Marie (26. Februar 1898) durch Karditis und den Prinzen von Wales in Brüssel durch Cipido (4. April 1900).

**Zum Kampf gegen die neue Zolltarifvorlage.** Die Stadtverordneten-Versammlung in Steinau (Schlesien) beschloß, eine Petition gegen die Erhöhung der Getreide- und Industriezölle mit einer ausführlichen Begründung an den Reichstag zu senden. — Die Zünftler fürchten sich, zum Zolltarif Stellung zu nehmen. Der am Sonntag in Gotha zusammengetretene allgemeine deutsche Innungstag hat der Anregung, die Frage des Zolltarifs auf die Tagesordnung zu setzen, nicht stattgegeben, und zwar mit der Begründung, daß die Frage eine Versplitterung des Handwerks herbeiführen könne.

**Ein kleiner Krach** ist im Zuckerkartell, ausgebrochen. Das Kartell besteht bekanntlich aus zwei Syndikaten, dem der Rohzuckerfabriken, das ca. 400 Betriebe umfaßt, und dem der Raffinerien, das 45 Mitglieder zählt. Das der Zahl nach kleinere Syndikat hat sich aber als das mächtigere erwiesen und streicht somit den Hauptgewinn ein. Von der sich auf 8 Pf. per Pfund belaufenden Belastung, die das Kartell dem deutschen Zuckerkonsumenten auferlegt, erhält nämlich das deutsche Zuckersyndikat (das heißt die vereinigten Rohzuckerfabriken) nur einen geringen Bruchtheil, wogegen die Raffinadeure den Hauptgewinn einheimen. Die Unzufriedenheit gegen das Raffinerisyndikat ist im Zuckerkartell nach dem „Berl. Tagebl.“ noch gesteigert worden dadurch, daß das Syndikat der Rohzuckerfabriken zwei vor dem gemeinsamen Schiedsgericht angestrenzte Prozesse verloren hat. Der erste Streitfall ist kurioser Weise durch einen Interpunktionsfehler, nämlich durch das Fehlen eines Kommas, entstanden. Grund zu der Klage gab nämlich die Auslegung des § 12 der Kartellkonvention, der durch die Einschlebung eines Kommas dahin gedeutet werden kann, daß die Fabrikanten auf alle Ablieferungen in den freien Verkehr, die nach dem 1. Juni 1900 vor sich gegangen sind, eine Syndikatsvergütung zu verlangen haben. Die Raffinerien stützten sich dagegen auf den Wortlaut des Paragraphen, der dieses Komma nicht enthält, und verweigerten die beanspruchte Vergütung. Das Schiedsgericht pflichtete der letzteren Auffassung bei. Das Objekt der Klage betrifferte sich auf etwa 7 Mill. Mark. — Aus diesem Krach haben die Konsumenten indessen keine Vortheile ziehen können, weil er nicht so stark gewesen ist, um das Kartell zu sprengen.

**Zum Besten der nationalliberalen Herrschaft in Baden** hat man dort einen hübschen Trick eronnen. Nach dem Wahlgesetz soll die Zahl der Wahlmänner nach der Bevölkerungszahl sich richten. Da aber die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 noch nicht vollständig abgeschlossen ist, hat das Ministerium verfügt, daß nicht die Resultate der Volkszählung von 1900, sondern die vom Jahre 1895 bei den kommenden Neuwahlen zu Grunde gelegt werden. Um also Unrichtigkeiten, die Differenzen von zehn oder höchstens hundert Personen nicht übersteigen, zu vermeiden, läßt man die Tausende und Zehntausende von Wählern, die in den großen Städten neu hinzugekommen sind, einfach unberücksichtigt. Sie dürfen zwar wählen, aber in einer für die Nationalliberalen ungünstigen Weise. Nach dem Gesetz soll auf ca. 200 Einwohner ein Wahlmann kommen. Das würde für Karlsruhe bei einer Bevölkerungsziffer von 96 876 Einwohnern 484 Wahlmänner ergeben. Da aber die Bevölkerungsziffer von 1895 mit 84 050 Einwohnern zu Grunde gelegt wird, wählt die Stadt Karlsruhe, ebenso wie bei den letzten Wahlen vor 4 Jahren, wiederum nur 420 Wahlmänner, also 64 zu wenig. Der Zuwachs von über 12 000 Einwohnern wird gar nicht berücksichtigt. Die größte Ungerechtigkeit ist aber vor Allem darin zu suchen, daß man auch die Wahlbezirke fast ganz unverändert gelassen hat. So kommt es, daß im 36. Distrikt auf 21 Wähler ein Wahlmann kommt, im 12. Distrikt dagegen erst auf 89 Wähler. Die Hauptänderung in der Distrikteintheilung besteht darin, daß man einen neuen Wahlbezirk gebildet hat, der so zusammengesetzt ist, daß er mit Sicherheit den Nationalliberalen zufallen muß. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Mannheim, wo nicht weniger als 31 000 Einwohner bei der Distrikteintheilung unberücksichtigt bleiben mußten. Das ergibt einen Ausfall von 155 Wahlmännern. Das Mißverhältnis zwischen den einzelnen Wahlbezirken war schon 1897 ein großes und hat jetzt natürlich noch eine Steigerung erfahren. Damals wählten der 4. Distrikt mit 72 Wahlberechtigten und der 51. Distrikt mit 552 Wahlberechtigten je 8 Wahlmänner. Inzwischen hat sich das Verhältnis natürlich noch mehr verschoben. Man hat also in Baden nicht nur mit der Wahlkreisgeometrie, sondern auch mit der Geometrie der Wahlbezirke zu rechnen, und mit der letzteren umjomehr, da hier der Willkür noch bedeutend mehr Spielraum gelassen ist, als bei der Wahlkreisgeometrie.

**Polnische Nachrichten.** Um die reichsgesetzliche Regelung der Hausindustrie und die Einführung des Versicherungszwanges für Hausgewerbetreibende petitioniren, die Frauen der russischen Judenzirkel beim Reichstag und Bundesrathe. — Wie das „Berl. Tagebl.“ erfahren haben will, hat sich das russische Kriegsministerium entschieden gegen die Bildung einer Kolonialarmee ausgesprochen. Selbst wenn sich das bestätigt, so wäre es vorzuziehen, daraus optimistische Schlussfolgerungen zu ziehen. — Die „Nat.-Ztg.“ veröffentlicht im Auftrage des Rechtsanwalts Horn einen Antrag zu Geldsammlungen zu Gunsten des Sergeanten Hidel, des Wachtmeisters Dupperich, des Bizeleutenants Schneider und des Unteroffiziers Domaid, welche auf Anordnung der Militärbehörden am 1. Oktober aus ihrer Militärverhältnisse ausscheiden und dadurch ihre Prämie von 1000 Mark, die sie nach zwölfjähriger Dienstzeit erhalten hätten, und ihren Zivilversorgungsgeldern verlieren. Vom 1. Oktober seien sie ohne Entlassungswort. — Der bayerische Landtag ist auf den 27. September einberufen worden. — In Thorn begann Montag der Prozeß gegen 60 polnische Gymnasialisten wegen Scheinbündel unter großen Andränge des Publikums. Alle 60 Angeklagten sind erkrankt und langweilen jämmerlich die Schuld. — Zur Verhütung von Unglücksfällen auf Eisenbahnübergängen hat der Reichsminister Stubi kürzlich eine Verfügung erlassen, die als wünschenswerth bezeichnet, daß auch in der Bevölkerung und mit Hilfe gelegentlicher Belehrung in den Schulen auf eine größere Aufmerksamkeit bei der Ausübung von Eisenbahnen und Kleinbahnen beim Betreten der Uebergänge hingewirkt wird. Ich vermute daher die künftigen Regierungen, die Kreisgerichtspräsidenten mit zeitweiligen Besprechungen dieser Angelegenheit auf den amtlichen Lehrveranstaltungen zu beschäftigen. — Der ungarische Reichstag wurde Montag Vormittag im

Thronsaal der Wiener Hofburg mit einer Thronrede des Königs geschlossen, in welcher ein Rückblick auf die Arbeiten der Session gegeben wird und die guten Beziehungen mit dem Ausland hervorgehoben werden. — In der bulgarischen Session verlas der Ministerpräsident Karawalew Sonntag einen Mas, durch den die Session geschlossen wird. — Bei den Erwahlnen zum Gemeinderath in Algier behaupteten die Antisemiten zehn von elf Mandaten gegen die Sozialisten. Die Republikaner enthielten sich der Abstimmung.

### Frankreich.

**Aus Furcht vor einem etwaigen Attentat** hat, wie „Wolffs Bureau“ aus Paris meldet, der Direktor der öffentlichen Sicherheit Cabard verboten, daß an den Straßen, durch welche der Kaiser und die Kaiserin von Rußland kommen werden, Zuschauertribünen errichtet werden. Ein Gesuch des Bürgermeisters von Compiegne beim Ministerpräsidenten um die Erlaubniß, wenigstens für die Senatoren-Deputierten und Bürgermeister des Departements du Nord eine Tribüne errichten zu dürfen, wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Mehrere Blätter zufolge stellte die italienische Regierung den französischen Behörden hundert Potizisten zur Verfügung behufs Ueberwachung der in Frankreich sich aufhaltenden italienischen Anarchisten. — Die Sozialisten von Dünkirchen hielten, „Wolffs Bureau“ zufolge, Freitag Abend eine Versammlung ab und nahmen eine Resolution an, in der sie erklären, über den Besuch des Zaren keine Freude empfinden zu können, und der französischen Republik, die auf die Freiheit gegründet worden sei, vorwerfen, daß sie einen autokratischen Tyrannen empfangt.

### Rußland.

**Die russische Regierung und die Hungersnoth.** Man schreibt uns: Die Hungersnoth in Rußland nimmt bereits solche furchtbare Dimensionen an, daß die Regierung selbst, die gewöhnlich vor sich und vor der Welt alle Lücken der russischen Volkswirtschaft zu verdecken sucht, sich genöthigt sieht, sich mit der Vornahme von Maßregeln zur Bekämpfung der Hungersnoth zu beifien. Nachdem sie durch den Mas vom 12. Juli 1900 das Semstwo (die Kreisgenossenschaft) von jeder Theilnahme an der Versorgung der hungernden Bevölkerung mit Nahrungsmitteln befreit hatte, übernahm sie auf sich Aufgaben, die über ihre Kräfte gehen. Das soeben veröffentlichte Zirkular des Ministers des Innern anerkennt das selbst. Es konstatiert eine Hungersnoth in den Gouvernements Wjatka, Woronesch, Zekaterinostaff, Kalau, Orel, Perm, Samara, Saratoff, Simbirsk, Taurien, Ufa und Charkoff und verweist darauf, daß die Lokalität die Verwaltung völlig unvorbereitet überrascht habe. Die alle Organisation der Unterstützung der Bevölkerung sei beseitigt, die neue noch nicht durchgeführt. Es sei nun nothwendig, interimistische Maßregeln zu ergreifen. Das Ministerium ertheilt deshalb seinen Untergebenen einige leitende Grundsätze. Worin bestehen diese? In den Grenzen des Gouvernements wird die ganze Organisation der Unterstützung der hungernden Bevölkerung dem Gouverneur auferlegt. Als wenn es seitens des Gouverneurs zu viel Nachsicht gegenüber den Hungernden zu befürchten hätte, stellt das Ministerium eine ganze Reihe von Beschränkungen auf bei der Bestimmung, ob eine Ortlichkeit Hungersnoth leide und also unterstützungsbedürftig sei. Daß die Gouverneure auch ohne diese spezielle Anweisung die Hungersnoth gern leugnen, zeigt u. A. das Beispiel des Gouverneurs von Cherson, Graf Dolensky, der hartnäckig sich weigerte, den Bestand einer Hungersnoth in seinem Gouvernemente anzuerkennen, und den Persönlichkeiten, welche der hungernden Bevölkerung Hilfe leisten wollten, allerlei Hindernisse in den Weg legte. In jedem Regierungsbezirk soll nun die Unterstützungsthätigkeit dem Welsmarschall unterstehen. Am Orte anständige Persönlichkeiten, besonders Gutsbesitzer sollen zur Unterstützung der Behörden herangezogen werden, d. h. gerade jene Elemente, welche an der Beschränkung der Unterstützung der Bauern interessiert sind. Das Almosen, welches der hungernde Mensch (Bauer) erhält, macht ihn, nach der Meinung des Gutsheeren, zu begierlich, wenn dieser mit ihm einen Arbeitsvertrag abschließt. Ganz besonders wird den Gouverneuren eingeschärft, darauf Acht zu geben, daß nicht unter dem Vorwand der Unterstützung der Nothleidenden in die Dörfer „unzuverlässige“ Personen kommen, welche sich zur Aufgabe machen, Unzufriedenheit unter dem Volk zu säen. Ueberhaupt verhält sich die Regierung zu jedem Versuch von Privatleuten, den hungernden Bauern zu helfen, äußerst mißtraulich. Erst kürzlich verfügte das Ministerium, daß alle Einladungen und Aufforderungen zur Sammlung von Unterstützungen für die Hungernden nur auf besondere Erlaubniß der Polizei veröffentlicht werden dürfen. Vor einigen Tagen wurde durch eine spezielle Verfügung die Abhaltung von Theateraufführungen und Konzerten zu Gunsten der Nothleidenden ungemein erschwert. Das Ziel ist klar: Die Regierung will die Hungersnoth todtschweigen. Die lokalen Behörden haben auch sonst kein sonderliches Interesse, die Regierung zu „beunruhigen“. Auf dem ganzen Gebiet des russischen Reiches wird Stöhnen und Wehklagen der Hungernden sein, Tausende werden an Typhus und Skorbut zu Grunde gehen — die Behörden aber werden fortgesetzt berichten, daß „alles wohlbesteht“ und daß nur „unzuverlässige“ Elemente sich erdreisten, das Gegenteil zu behaupten. Und das wird so lange dauern, bis über die Regierung der Zorn des Volkes in einen Sturm ausbricht.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.** Der Gouverneur der Kapkolonie telegraphirte, der Kommissar in Mafeking meldet, daß das Burenkommando von Blys am 30. August das Haus des Feldkornets Keeley mit dem gesammten Inhalt verbrannt und der Frau und den Kindern Keeley's nur die Kleider gelassen habe, die sie anhaben. Keeley leistete während des Krieges ausgezeichnete Dienste, und die Buren verübten die That lediglich aus Bosheit. (Ein merkwürdiges Motiv, das der Gouverneur den Buren andichtet!) — Wie ferner gemeldet wird, erschossen die Buren abermals zwei unbewaffnete Eingeborene bei Strydenburg. In Wahrheit dürfte es sich um zwei schwarze englische Spione gehandelt haben.

Einen neuen Trick, der verflucht schlau ist, haben die Engländer eronnen, um ihre Panzerzüge gegen unangenehme Ueberfälle zu sichern. Wie Reuter aus Pretoria meldet, sind hervorragende Bürger der Stadt dazu bestimmt worden, abwechselnd die Züge nach Petersburg zu begleiten. Diese Maßregel ist dadurch veranlaßt, daß neuerdings wiederholt Züge durch-

Burenabteilungen in die Luft gesprengt wurden. — Helfen wird's ja nicht viel, aber niederträchtig genug ist die Idee.

Ritterscher Beispiel in Bezug auf Sammeldepeschen hat auffendend auf das „Reutersche Bureau“ gewirkt. Es läßt sich aus W i n b u r g vom 8. September melden: Die Kolonnen Barker und Elliott sind hierher zurückgekehrt, nachdem sie einen Theil der Kolonie geläubert. Barker's Kolonne tödtete 9 und verwundete 7 Buren, machte 7 Gefangene, erbeutete 32 Wagen, 2000 Stück Patronen, 1500 Stück Vieh, eine große Menge Getreide und Mehl und brachte über 100 Flüchtlinge ein. Seit Dezember betreten keine britischen Truppen dieses Gebiet. Die Buren hatten zum Ueberdenn und Bestellen Zeit, überall sah man grüne Weizenfelder. Elliott erbeutete alle Wagenzüge der Buren, die zu Verproviantirungszwecken nach Bethlehem unterwegs waren. Seine Kolonne tödtete zwei Buren, nahm 9 gefangen, erbeutete 300 Wagen und Karren, 3000 Stück Vieh, 1400 Pferde, Tausende von Schafen und brachte 600 Burenfrauen und Kinder ein. Kimington erbeutete Haasbrod's aus vierzig Wagen bestehenden Convoy. Dewet, Steijn, Haasbrod, Ironeman und andere Kommandanten hielten am 28. August in W o n d e r k o p eine Versammlung ab. Beim Hervannahen der britischen Kolonnen flohen sie nach Reih, wo sie am 3. September wieder von Kimington vertrieben wurden. — Zum weitestgehenden Theil dürfte die Beute aus der Verraubung verwüsteter Farmen herzuführen.

**Vereinigte Staaten.**

Der **Stahlarbeiterstreik** scheint nunmehr schnell seinem Ende zuzueilen. In **Milwaukee** ist bereits, nach der „Frankf. Ztg.“, die Hälfte der Streikenden zur Arbeit zurückgekehrt.

Die **mittelamerikanischen Wirren**. Der Krieg zwischen Kolumbien und Venezuela scheint in vollem Gange zu sein und noch andere benachbarte Republiken in Mittheilenschaft zu ziehen. Die kolumbische Gesandtschaft in Washington befähigt zunächst, daß die venezolanische Flotte Rio Guaca an der Nordküste von Kolumbien bombardirt, um dann noch folgende Meldungen zu verbreiten: Ein Telegramm vom Auswärtigen Amte in Bogota meldet neue Einfälle von Seiten Venezuelas, Ecuador's und Nicaragua's in Kolumbien. Wie der stellvertretende Gouverneur von Panama drahtet, werden gleichzeitige Angriffe auf Panama und Colon erwartet. Eine Depesche aus Willenslad endlich besagt, daß das **Kabel zwischen Curacao und Maracaibo zerriß** ist, weshalb keine Nachrichten von der kolumbisch-venezolanischen Grenze vorliegen; solche sind nur auf brieflichem Wege zu erhalten.

**China.**

Zur Unterzeichnung des **Friedensprotokolls** berichtet „Reuters Bureau“ noch folgende Einzelheiten: Die Unterzeichnung fand in der spanischen Gesandtschaft statt. Die Gesandten und ihre Sekretäre trafen um 11 Uhr daselbst ein. Li-Hung-Tschang und der Prinz Tsching kamen in Säften, von Kavallerie begleitet. Sobald die Unterzeichner versammelt waren, hielt der spanische Gesandte de Cologan, als Doyen (Meistler) des diplomatischen Korps eine Ansprache, in der er die Hoffnung aussprach, daß die Unterzeichnung des Protokolls eine neue Aera der Beziehungen zwischen China und den Mächten kennzeichnen werde. Prinz Tsching erwiderte, er sei glücklich, daß die Schrecknisse des letzten Jahres beendet seien, und gab der Zuvorkunft Ausdruck, daß man seinen neuen Bruch in den Beziehungen zwischen China und den Mächten mehr erleben werde; denn China werde alle ihm obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Li-Hung-Tschang schien sehr schwach zu sein. — Die Franzosen haben Peking nunmehr vollständig geräumt, die Engländer und Amerikaner sind ermächtigt worden, bis zur Herstellung der Baracken in den Tempeln zu verbleiben. Der russische Gesandte wird demnächst abreisen.

**Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck.**

Lübeck, den 9. Septbr. 1901.

St Am zweiten Verhandlungstage erkattete Genosse G r o s s e den Bericht der Revisoren; seinem Entschens entsprechend wurde dem Landesvertrauensmann Entlastung erttheilt.

Ueber den Punkt **Agitation und Organisation** referirte Genosse G r o t h: Die Organisation in Mecklenburg beruhe lediglich auf dem Vertrauensmännersystem; diesem Umstande sei es zuzuschreiben, daß mit dem Erlasmen dieses oder jenes als Vertrauensmann thätigen Genossen fast regelmäßig eine Rahmlegung der ganzen Bewegung an dem betreffenden Orte verknüpft sei. Es ließe sich heute nichts weiter thun, als die Vertrauensmänner neuerrdingen an ihre Pflicht zu erinnern. Daß die Stellung der Vertrauensmänner eine sehr schwierige sei, unterlege gar keinem Zweifel; dennoch müsse aber unter allen Umständen das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, daß an die verantwortlichen Posten auch Genossen gestellt würden, die ihre Pflicht nach jeder Richtung hin erfüllen. Der gedruckte vorliegende Revisionsbericht zeige uns, an welchen Orten die Genossen ihrer Pflicht nicht erfüllt hätten; als Beweis diene **Malchin**, in welchem Anlaße einer industriellen Thätigkeit vorhanden sind. Zwar halte er die Zwischengliederung der Kreisvertrauensleute für absolut notwendig, dennoch aber sei es die Pflicht des Landesvertrauensmannes, in denjenigen Kreisen, die als rückständig bezeichnet werden könnten, eine viel regere Thätigkeit als bisher zu entfalten. Mit der Agitation für die Partei müsse gleichzeitig die Agitation für das Parteiorgan verbunden werden, die nicht unterschätzt werden dürfen. Redner empfahl, den Landesvertrauensmann anzuweisen, daß er in den Wahlkreisen, die mit großen Lücken in der Abrechnung verzeichnet sind, entweder direkt mit den Kreisvertrauensleuten oder mit den Genossen selbst in regelmäßigen Zwischenräumen verkehrt und so versucht, das Band der Organisation zu knüpfen. Der Höhepunkt des politischen Stillstandes sei überschritten, die Reichstagswahl rücke immer näher heran; da sei es unbedingt notwendig, daß die Mannschaften gesammelt würden, um kampfbereit dazustehen.

St ein b r ü g g e r -Wismar befürwortete den Antrag Wismar. Es sei notwendig, daß den Genossen das Material geliefert werde, damit sie in der Lage seien, den gegnerischen Parteien den Spiegel vorzuhalten.

Der Genosse aus **Teterow** bemerkte, daß die fremden Arbeiter die thätigsten Genossen an den Orten seien, mit den mecklenburgischen Arbeitern sei schwer etwas anzufangen. Diese seien wohl theilweise Mitglieder ihrer Gewerkschaften, mit der Partei aber sei es nicht allzu leicht bestellt. Redner erklärte sich mit dem Antrag **Kosch** einverstanden und äußerte ferner den Wunsch, daß zu den Versammlungen Referenten gesandt würden.

**Sagen**-Waren beschwerte sich darüber, daß man nicht schon vor 3 Jahren Waren als Vorort für den 4. Kreis bestimmt habe, daß dieser Kreis der schlechteste in Mecklenburg sei, habe man der schlechten Kreisleitung zuzuschreiben. In Waren hätten die Gerichten etwas über 100 Mark für den Parteitag aufgebracht, gewiß ein guter Beweis für die Thätigkeit der dortigen Genossen. Der Landesvertrauensmann hätte mehr thun sollen.

G r o s s e beantragte, daß auf den nächsten Parteitag jeder Delegirte einen Situationsbericht liefern solle. Da Mecklenburg ständig an Mittellosigkeit leide und bis jetzt vom Parteivorstand recht kümmerlich behandelt worden sei, müsse nunmehr an Letzteren herangertreten werden.

S c h w a r z w i s a n einem Beispiel aus dem ersten Kreis nach, daß sowohl die Organisation als auch die Agitation leide. Das Material komme nicht so in die Landbevölkerung hinein, wie es unbedingt notwendig sei. Redner bekannte sich als Anhänger des Kreisvertrauensmännersystems, das er für das Beste halte. Mit der Verlegung des Vorortes im 4. Kreise nach Waren sei er im Hinblick auf die geographische Lage nicht einverstanden; er halte Teterow für besser. Es müsse Umkehr noch einer zum Kreisvertrauensmann zu bestimmenden geeigneten Persönlichkeit gehalten werden.

D i t t r i c h befürwortete den Antrag **Kosch**, nach welchem der Mecklenburgische Volkskalender von der Tagung des Parteitag's **Notz** zu nehmen hat, im Interesse der Organisation und Agitation und ersuchte um Abschnung des die Herausgabe einer Broschüre über das Verhalten der gegnerischen Parteien fordernden Antrages **Wismar**. Er halte Waren als Vorort für sehr geeignet.

B a u e r -Häselhorst war ebenfalls der Meinung, daß Berlin helfen müsse. Eine lebhafteste Agitation müsse allüberall in Mecklenburg entfaltet werden.

B o l l e w wünschte, daß eine bessere Agitation und Organisation entfaltet werde. Zu seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die Zwangsfeuerwehrrückfälle im Fürstenthum Rügenburg, und kam zu dem Schluß, daß die Gegner gar nicht bisser den Boden bearbeiten könnten. Redner erklärte sich für den Antrag **Neubrandenburg 2**.

K o s c h empfahl, in Orten, wo Kreisvertrauensmänner vorhanden sind, diesen auch die Leitung zu überlassen. Der Landesvertrauensmann solle nicht eingreifen in die Zustände des Kreisvertrauensmannes. Man möge wieder Karten für Wons drucken lassen.

P o l s e n h a r d t Streik begründete die Neubrandenburger Anträge und bestätigte, daß er infolge Geldmangels als Kreisvertrauensmann lehnamlos sei.

G r o t h erklärte sich mit der **Kosch'scher** Ansicht einverstanden. Waren lege im Herzen des 4. Kreises. Beim Neubranden der Karten möge man zwecks besserer Kontrolle in denselben die Monate vermerken lassen. Den Antrag Neubrandenburg 2 bitte er abzuweisen. Redner war auch der Meinung, daß wenn die Geldmittel es erlauben, ein Flugblatt in ganz Mecklenburg verbreitet werden müsse; dann aber solle die Verbreitung noch in diesem Monat geschehen, damit gleichzeitig für die „Volkszeitung“ agitirt werden könne. In den Dörfern, wo politische Leben herrscht, werde die Revillon unterzeichnet; der Aufforderung der Rektion, daß sich in den einzelnen Orten Personen melden möchten, die die Sammlung der Unterschritten übernehmen, sei in unerwartetem Maße nachgekommen worden.

Der Genosse aus **Grevesmühlen** betonte die Schwierigkeit, Geldmittel für die Agitation aufzubringen. Die Agitation sei infolge der räumlichen Entfernung eine sehr schwierige.

G r ü n w a l d ersuchte um Ablehnung des Antrages **Wismar**, da bereits seitens der Parteileitung eine derartige Broschüre herausgegeben werde. Bei eingehender Begründung werde der Parteivorstand auch Mittel zur Agitation hergeben.

M e y e r wies gleichfalls auf die Schwierigkeit der Agitation hin.

Der Genosse aus **Ribnitz** beschwerte sich, daß für Ribnitz nichts gethan werde und schiederte sodann in kurzen Zügen die dortige Bewegung. Es müsse etwas mehr gethan werden durch Entsendung von Referenten.

G r o s s e beantragte, daß die Bezirksvertrauensleute vierteljährlich mit den Kreisvertrauensleuten abzurechnen haben.

B r i n k e klagte gleichfalls über Geldmangel und empfahl die Verbreitung des Kalenders am Sonnabend nach dem Bus- und Betttag.

Der Genosse aus **Teterow** meinte, der Tag der Verbreitung des Kalenders dürfe aus bestimmten Gründen nicht vorher veröffentlicht werden.

K o s c h beantragte, daß die Bezirks-Vertrauenspersonen alljährlich rechtzeitig eine Abrechnung an den Kreisvertrauensmann einbringen sollen. Redner hielt gleichfalls die Verbreitung eines Flugblattes für notwendig und stellte einen diesbezüglichen Antrag.

K r ä g e r -Gradow plädirte für den Antrag **Neubrandenburg 2** und begründete denselben. In seinem Kreise sei das Wonsweien in einzelnen Orten bereits obligatorisch eingeführt.

H e r z f e l d war gleichfalls für Flugblattverbreitung. Die Gelegenheit müsse ausgenutzt werden, und das könne gar nicht besser als durch das Flugblatt geschehen. Die Kosten seien wohl aufzubringen.

D i t t r i c h wünschte erst nähere Feststellung der durch die Verbreitung entstehenden Kosten. Mit dem vorhandenen Gelde könne dieselbe nicht geschehen.

H e r z f e l d war gegenheiliger Ansicht und verwies zum Beweise hierfür auf die Kosten der Kalendervertheilung. Uebrigens beständen ja, wenn das vorhandene Geld nicht ausreiche, Hamburg und Berlin, die schon helfen würden.

K o s c h befürwortete nochmals seinen Antrag; nur dort, wo die Genossen mit ihren Mitteln nicht auskämen, solle der Landesvertrauensmann einpringen.

G r o t h warnte davor, den einzelnen Wahlkreisen allzuviel zuzutrauen; dieselben könnten nicht viel leisten. Er sei der Meinung, daß der Parteitag die Angelegenheit dem Landesvertrauensmann überweisen solle. Man solle sich die Sache erst genau überlegen, denn auf die vorliegende Abrechnung hin würde Berlin nichts zahlen.

K o s c h fügte seinem Antrag auf Verbreitung hinzu, daß dieselbe nur dann geschehen solle, wenn der Landesvertrauensmann bezüglich der Mittel dazu in der Lage sei.

D i t t r i c h machte auf die Gründe aufmerksam, warum der Kalender im Winter verbreitet werde. Man müsse event. Genossen annehmen, die im Lande umherreifen und die Verbreitung vornehmen können.

D i t t r i c h empfahl, daß die Delegirten sich während der Mittagspause über die Kosten der einzelnen Wahlkreise anlässlich der Flugblattverbreitung herhalten möchten. B a u e r war dafür, daß man sich an den Parteivorstand wenden solle.

S c h w a r z b e t o n t e, daß Parteivorstand und Fraktion großes Gewicht darauf legen, daß die Agitation gegen den Brodwacher auch auf das platte Land ausgebeht werde. Demnach werde Ersterer auch das Geld bewilligen. Die gemeinsame Verbreitung von Flugblatt und Kalender sei nicht rathsam, weil es dann zu spät würde. Redner hielt das Berliner Flugblatt nicht für zweckentsprechend.

H a g e n war für Flugblattverbreitung. Die Zeit sei jetzt günstiger als am 3. Weihnachtstag.

E r d b e e r machte darauf aufmerksam, daß der ständige Lehrer, wie er gewohnt worden sei, außerordentlich schwierig sei. Die Ribnitzer Genossen könnten sich nicht über Zurückstellung beklagen.

Der von **G r o s s e** gestellte Antrag auf Rekrutirung aus den einzelnen Orten wurde sodann angenommen, ferner der Antrag **Kosch** auf Abrechnung mit den Kreisvertrauensleuten.

Beim 4. Punkt „Unsere Presse“ verzichtete der Parteitag auf

das Referat. Es sind verschiedene Anträge eingegangen. Der Delegirte aus **Grevesmühlen** beantragte Erhöhung des Abonnementgelbes auf 2 Mk.; der **Neubrandenburger** Genosse bat um Mittheilung der Gründe, wenn die Rektion etwas nicht aufnehme.

D i t t r i c h erwiderte um Ablehnung der Anträge **Teterow I** und **II**, nach welchen die Berichte der Delegirten ausführlicher wiedergegeben und die amtlichen Bekanntmachungen mehr berücksichtigt werden sollen. Redner empfahl den Antrag der Preis-Kommission zur Annahme.

Der Genosse aus **Teterow** begründete die von dort gestellten Anträge; dieselben seien Nothanträge.

G r o s s e beantragte, alle auf die Presse Bezug habenden Anträge der Preis-Kommission zu überweisen.

Zu der Nachmittagsstimmung wurden zunächst einige Begründungsschreiben verlesen. Sodann wurde bekannt gegeben, daß die Kosten für die Flugblattverbreitung sich auf ca. 2650 Mk. stellen würden, sodas auf die Kasse des Landesvertrauensmannes ca. 1600 Mark entfallen.

Nachdem der Antrag **Kosch** dahin erweitert war, daß der Parteivorstand event. beibringen müsse, wurde die Flugblattverbreitung beschlossen.

Zu weiteren Verlauf der Debatte über die zum Punkt **Presse** gestellten Anträge mündete.

B a u e r der **Notz**, der Preis-Kommission dahin zu erweitern, daß die geschäftliche Leitung der „Volks-Zeitung“ der Preis-Kommission in Gemeinschaft mit der Verwaltung unter Berücksichtigung der größeren Städte obliegen soll. Redner begründete seinen Antrag in ausführlicher Weise und erklärte keine Zustimmung zu dem Antrag **Neubrandenburg**, nach welchem bei etwaigen Kündigungen immer die zuerst Angestellten zu berücksichtigen sind.

E r d b e e r verlas die schriftliche Begründung des Antrages einer Anzahl **Kosch'scher** Parteigenossen; nach demselben soll das Gehalt des Genossen **Kosch** ab 1. April d. J. auf 1100 Mk. erhöht werden.

K r ä g e r -Gradow wandte sich gegen den Antrag auf Erhöhung des Abonnementgelbes; die kleineren Orte könnten dieselbe nicht tragen.

D i t t r i c h zog den Antrag der Preis-Kommission zu Gunsten des Antrages **Bauer** zurück, und verbreitete sich dann in längerer Ausführlichkeit über den Antrag einer Anzahl **Kosch'scher** Parteigenossen, in eingehender Weise die Sache darlegend.

Der Antrag **Bauer** wurde angenommen, desgleichen der Antrag **Neubrandenburg** auf Mittheilung der Gründe bei Ablehnung von Berichten an die Zeitung. Die übrigen Anträge wurden darauf an die Preis-Kommission als Material überwieien.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, nach welchem Schluß des Geschäftsjahres am 30. Juni eintreten soll. Nach Annahme einer **Kosch'scher** Resolution gegen den Brodwacher wurde der Wunsch geäußert, daß an dem nächsten Parteitag auch ein Mitglied des Parteivorstandes theilnehmen möge; der Parteitag schloß sich demselben an.

Als Landesvertrauensmann wurde Genosse **Erdbeer**. **Kosch** einstimmig wiedergewählt. Derselbe nahm die Wahl dankend an.

Am Schluß der Verhandlungen anschließend, erklärte Genosse **Kosch** den Parteitag nach einem kräftigen Schwurwort, einem Dank an die tüchtigen Genossen und einem Hoch auf die Sozialdemokratie um 5 1/2 Uhr für geschlossen. Die Delegirten sangen darauf hoberd den ersten und letzten Vers der Arbeitermarktliese.

**Lübeck und Nachbargebiete.**

Dienstag, den 10. September.

**Arbeiterrisiko.** Auf der Koch'schen Werkst verunglückte Montag Nachmittag gegen 4 1/2 Uhr der Arbeiter August D e n k e r dadurch, daß ihm ein mit einer großen eisernen Platte beladener Wagen über den rechten Fuß ging. Der Verletzte mußte mittelst Droschke in seine Wohnung befördert werden und sich sofort in ärztliche Behandlung geben.

Eine Jagd auf einen Menschen fand am Montag in der Fischstraße statt. Vor mehreren Nächten wurde bei einem Tischlermeister in der Nähe von Ahrensbürg ein Einbruchsdiebstahl verübt. Der Bestohlene wendete sich darauf am Montag an die hiesige Polizei, um, wie er hoffte, mit deren Hilfe den Dieb in Lübeck zu ermitteln. Die Feststellungen ergaben, daß der Einbrecher ein Tischler **J.** war, der in der Nacht zum Montag in der Herberge zur Gemath genächtigt hatte, der aber bereits wieder ausgeflohen war. Gegen Abend wollte sich nun der Meister wieder unverrichteter Sache zum Bahnhof begeben, als er in der Fischstraße dem so sehrnächst Gesuchten begegnete. Dieser war jedoch nicht faul und lief, als er des Meisters ansichtig wurde, so schnell ihn seine Beine nur tragen konnten. Der Meister rannte spornstreichs hinterher und rief immerfort: „Haltet den Dieb!“ Die Folge dieses eigenartigen Schaupiel's war, daß sich eine größere Menschenmenge ansammelte und den Flüchtling verfolgte. Es war jedoch vergebens, denn es gelang ihm, zu entkommen.

Eine Konferenz der **Gewerbegerichtsbesitzer (Arbeitnehmer)** tagte am Montag Abend im „Vereinsbaue“ Dierelbe war von 69 Theilnehmern besucht; von diesen waren 25 auf Gemeindefosten und 40 auf Parteikosten besetzt; bei 4 Theilnehmern hatten die Gemeinden einen Zuschuß gewährt. Außer den Delegirten war noch der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse **Legien** -Hamburg, anwesend. Gegen 7 Uhr eröffnet **Dammmer** -Lübeck die Verhandlungen mit einer kurzen Begrüßungsansprache. **Matijeff** -Leipzig dankt den Lübeckern für den freundlichen Empfang und schlägt **Dammmer** als Vorsitzenden vor, welchem Vorschlage auch entsprochen wurde. Sodann weist **Matijeff** darauf hin, daß, als im Vorjahre die Verbandsversammlung in Mainz stattfand, nur ein ganz geringes Häuflein von Beisitzern erschienen sei. Auf dem damaligen Verbandstage wurde ein Verbandsrat vorgelegt, welches am bloc auf 1 Jahr angenommen worden sei. Die Organisation der Arbeitnehmer-Beisitzer sei es, die notwendig einer Erörterung bedürfte; zu diesem Bedufe sei auch bereits auf der letzten Zusammenkunft eine sündstellige Kommission eingesetzt worden, was jedoch infolge der weiten Entfernungen nicht als ein besonders glücklicher Gebante bezeichnet werden könne. Die Kommission hatte ursprünglich geplant, im nächsten Frühjahr eine Konferenz nach Berlin einzuberufen. Dieser Plan sei aber hinsichtlich gemordet durch die Annahme der Gewerbegerichts-Novelle, die ganz unerwartet gekommen sei. Es sei die Pflicht der Arbeitnehmer, ganz entschieden gegen § 12 des Verbandsstatuts Protest zu erheben, bedeute derselbe doch eine Rechtslosmachung der Arbeitnehmerbeisitzer. Trotzdem sie ein Recht darauf hätten, an den Verbandsversammlungen theilzunehmen, wolle man sie doch nur dulden. Sodann erstattete Redner den Bericht der Kommission, die an demselben Tage zusammentrat, als unser Vorkämpfer Liebschnecht zur letzten Ruhe gebettet worden sei. Während der Berichtszeit seien 482 Korrespondenzen geführt worden. 203 Briefe und 54 Karten seien eingegangen, außerdem 38 Jahresberichte und — leider — nur 72 Ortsstatuten. Von 360 ausgegebenen Fragebogen seien nur 150 eingegangen. — **Seif** -München befürwortet, daß sich die Konferenz mit der Organisationsfrage befaße. Stadtrath **Mosenhach** im Wälschhausen vertrete ja die Ansicht, daß sich die Beisitzer nicht als Arbeiter, sondern als Gewerbeichter fühlen sollten, dieser rede also einer Organisation der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer beifüriger das Wort. **Ehm** -Erlangen schlägt sich den Ausführenden des Vorredners an, während **Deining** -München

entgegengesetzter Ansicht ist. Es sei notwendig, daß die Arbeit-nehmer-Beisitzer auf dem Verbandstage geschlossen daständen, und deshalb müßten sie sich mit der Tagesordnung desselben beschäftigen. — **Mattisek** macht darauf aufmerksam, daß, wenn die Organisationsfrage besprochen werden solle, wohl wenig Zeit für die Besprechung der Tagesordnung des Verbandstages übrig bleibe. — **Weber** rief wüthend die Erörterung der Tagesordnung. — **Tabber** erklärte, er würde dagegen nur diejenigen Punkte derselben erörtern, welche die Beisitzer interessieren. — **Chm.** Erlangen schlägt vor, nur den § 12 zu besprechen, während **Mattisek** vorschlägt, zunächst den ersten Punkt der Tagesordnung zu besprechen. — **Wolke** Bremen plädiert für die Verathung der Organisationsfrage. — **Weber** hält es für nothwendig, daß in das Verbandsstatut Bestimmungen aufgenommen würden, die es den Vorsitzenden nicht mehr erlauben, Delegationen von Arbeitnehmern abzulehnen. — **Bringmann** Kassel ist speziell beauftragt worden, anzugeben, daß Arbeit darüber geschaffen werde, wer die Wahl der Delegierten vorzunehmen hat. **Redner** meint, daß bei einem Ablehnen der Vorschläge der Arbeitnehmer diese kurzerhand den Verband der Gewerbevereine ablehnen könnten. — **Sauer** Ludwigsb. tritt energisch dafür ein, daß die Arbeitnehmerbeisitzer als vollberechtigt angesehen und demnach auch zu jeder Verbandsversammlung zugelassen werden. — **Leit.** Nürnberg ist infolge der Meinungen, daß nur alle drei Jahre ein Verbandstag abgehalten werden soll. — **Schwabe** Grimmlinghausen weist darauf hin, daß der dortige Stadtrath der Ansicht ist, daß die Beisitzer hätten nicht die Auffossungsfrist wie ein Jurist, und deshalb müßten auch nur die Vorsitzenden zu den Verbandstagen delegirt werden. — **Deiniger** München beantragt, die Statuten durchzubetreiben. — **Nachdem** Heilmann Offenbach dafür und **Leit.** Nürnberg dagegen gesprochen, wird der Antrag angenommen. — Ein von **Partel** Lübeck gestellter Antrag, nur den § 12 zu besprechen, wird, nachdem **Tabber** Karlsruhe dagegen gesprochen, abgelehnt. — Ueber die Verathung der Statuten werden wir infolge Raummanngels in morgiger Nummer berichten.

**Verloren gegangen** ist Montag Abend in der Nähe des Bahnhofs: 1) ein Verbandsbuch des Tabbarbeiterverbandes; 2) eine Invalidentaxe und 3) ein Militärpaß. Die Papiere sind sämtlich auf den Namen **Albert Fabst** Nordhausen ausgefertigt. Sollte Jemand unter unseren Lesern Kenntniß erhalten haben, wer die Papiere gefunden hat, so ersuchen wir um gefl. sofortige Mittheilung, eventuell um Ablieferung der Ausweis-papiere auf unserer Redaktion.

Die Ernennung des **Bauraths Hottopp** zum etatsmäßigen Professor an der Technischen Hochschule in Hannover ist im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden.

Eine für **Radfahrer wichtige Entscheidung** hat kürzlich das **Altonaer Landgericht** getroffen. Am 22. Juni unterhielten sich auf einem Fußsteig an der Chaussee zwischen **Radeburg** und **Mölln** zwei Bewohner **Radeburgs** und wichen nicht von der Stelle, als ein Telegraphenarbeiter auf seinem Rade daherkam und sie durch Klingeln zum Fortgehen zu veranlassen versuchte, weil er ihrer Meinung nach auf die Chaussee fahren konnte, und des Fußweges nicht bedurfte. Der Radfahrer kümmerte sich nicht darum, fuhr auf sie los und fuhr den Einen an. Er wurde vor dem Schöffengericht in Mölln angeklagt und auf Grund einer Regierungsverordnung für das Radfahrwesen zu 5 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er den Leuten nicht ausgewichen war. In Folge seiner Berufung gegen das Urtheil mußte sich das hiesige Landgericht mit der Sache beschäftigen und dieses

kam zur Freisprechung des Angeklagten, weil nach der angezogenen Verordnung stehende Personen verpflichtet seien, Radfahrern auszuweichen. Der Angeklagte habe sich zwar dadurch, daß er den Fußsteig befahren habe, der Uebertretung der Regierungsverordnung schuldig gemacht, aber dieserhalb sei keine Anklage erhoben worden.

**pb. Den Weg durch's Fenster** nahm in der Nacht zum Sonntag ein Dieb, der einem Kaufmann in der **Reicherstraße 13** mehrere Flaschen Wein und Rum, sowie 3 Pfund Butter entwendete.

**pb. Billige Garderobe** verschaffte sich ein Lohgerber, der einem Arbeiter von dem Hausflur seines in der **Breitenstraße** wohnhaften Arbeitgebers einen Rock und einen Regenschirm entwendete. Beim Betteln in der **Bedergrube** wurde der Lohgerber festgenommen.

**pb. Nicht weit gekommen** mit ihrer Beute sind zwei fremde Arbeiter, die am Sonntag von dem Hausflur eines an der **Breitenstraße** befindlichen Geschäftshauses ein Faß Margarine entwendeten. Nach wenigen Stunden wurden sie ermittelt und festgenommen.

**pb. Ermittelt und festgenommen** wurde ein wegen Sittenverbrechens von der hiesigen Staatsanwaltschaft schriftlich verfolgter Arbeiter aus **Krummeke**.

**\* Kleine amtliche Nachrichten.** Für die Dauer der Abwesenheit des **Senators G. A. Behn** hat **Senator G. W. ers** den Vorsitz in der **Reichshausbehörde** übernommen. — **Senator Dr. Behn** hat den Vorsitz im Finanzdepartement wieder übernommen. — **Von der Gemeinde-Versammlung in Ober-Büssa** ist das bisherige Mitglied des **Gemeinde-Vorstandes** **Häuser Carl Peter Joachim Möller** in gleicher Eigenschaft auf die geistliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt und vom Stadt- und Landamte bestätigt worden.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Der **Maurerstreik** in **Sternberg, Waren** und **Brüel** wird wahrscheinlich demnächst beendet werden, da die Meister beschlossen, von nächster Woche ab 32 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zu bewilligen. — Eine **Zahlstelle** des **Zentralverbandes der Fleischer** ist am Sonntag Abend in **Riel** gegründet worden. — In **Reinbek**, einem Ort mit rein ländlicher Umgebung, wurde Sonntag eine **Parteiorganisation** gegründet. Es geht unaußaham vorwärts!

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Ein junger **Bäckergehilfe** in **Zehe** brachte seinem Mitgesellen mit einem langen Brodmesser zwei gefährliche Stiche in den Hinterkopf bei. Der Thäter glaubte, daß sein Kollege ihn beim Meister angeschwärzt habe. — In **Hamburg** verlor ein **Seemann**, als er aus dem Fenster sehen wollte, das Gleichgewicht, stürzte herab und erlitt tödtliche Verletzungen. — Infolge **Explosions** eines **Petroleumkochens** verbrannte sich in **Hamburg** eine Frau so schwer, daß sie auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. — In **Altona** kam Sonntagabend in einer **Essigfabrik** ein bedrohliches Feuer zum Ausbruch. Der Schaden ist ein großer.

**Wandbef.** **Großfeuer.** In der Nacht zum Sonntag brannten die mit großen Holzvorräthen gefüllten Schuppen der **Kistenfabrik** des **Stadtverordneten Ehlers** total nieder. Nur mit vieler Mühe konnte das **Fabrikgebäude** gerettet werden. Der **Werth** der verbrannten Sachen beträgt etwa **50 000 Mk.** Man vermuthet **Brandstiftung.** Erst vor fünf Jahren ist die **Fabrik** nebst **Holz-**

lager beinahe ganz abgebrannt und dann in allen Theilen neu aufgeführt worden. Damals betrug der Schaden über **100 000 Mk.**

**Lauburg.** **Feuer.** Am Sonntag Nachmittag gegen 4 Uhr war auf dem Boden der **Gastwirthschaft** von **Aug. Seine („Mayburg“)** ein Feuer zum Ausbruch gekommen, wodurch in einigen Stunden fast das ganze Gewese (einschl. Saal) eingäschert wurde. Nur die **Regelbahn** konnte, da der starke Südostwind die **Flammen** nach der entgegengesetzten Seite trug, gerettet werden. Das **Mobilien** konnte, da die Arbeiter der in der Nähe befindlichen **Landt'schen Wötherei** schnell zur Stelle waren, sämmtlich in **Sicherheit** gebracht werden. Die **Gebäude** sind nicht sehr hoch (man spricht von **22 000 Mark**) versichert. Eine **Schule**, welche aus **Sande** bei **Bergedorf** einen **Ausflug** nach hier unternommen hatte und zur Zeit des Ausbruches des **Feuers** im **Garten** der „**Mayburg**“ weilte, wurde unangenehm in ihrem Vergnügen gestört. Die **Entstehungsursache** des **Feuers** ist unbekannt.

**Hamburg.** Die **Wohnungsnoth** behandelt ein von der **sozialdemokratischen Partei** in **Hamburg** herausgegebenes **Flugblatt**, das Sonntag Morgen in **200 000** Exemplaren in allen drei **Hamburger Reichstagswahlkreisen** verbreitet worden ist. Am **Schlusse** des **Flugblattes** wird zum **Besuch** der **Volkssammlungen** aufgefördert, welche am **Dienstag** in allen drei **Wahlkreisen** abgehalten werden. — **Gefährdung** eines **Eisenbahnzuges.** In der Nacht zum **Montag** jagte ein mit **5 Personen** besetzter **Landauer** gegen die **geschlossene Barriere** des **Eisenbahnüberganges** beim **Ferdinandsdörf.** Die **Barriere** wurde gesprengt und der **Wagen** von dem **heranbrausenden Zug** erfaßt. **Zwei Pferde** wurden **getödtet**; die **Inassen** des **Wagens** kamen **glücklicher Weise** mit dem **Schrecken** davon, da der **Zug** die **Reichsel** direkt **abschnitt.** — **Wieder** **Einer.** Der **Dekonom Lorenzen** vom **Werk- und Armenhaus** ist unter dem **Verdacht** des **Wiederholten** **Sittenverbrechens** an **Pfleglingen** der **Armenanstalt** verhaftet und dem **Untersuchungsgefängniß** zugeführt worden.

**Riel.** **Ab schlägig** beschiedenes **Gnadengesuch.** Der wegen **Unterdrückungen** zu **1 Jahr** **Gefängniß** und **Entfernung** aus der **Marine** verurtheilte **frühere Kommandant** des **Minenschiffes „Otter“**, **Oberleutnant** zur **See Butterlin**, hatte an den **Kaiser** ein **Gnadengesuch** gerichtet und um **Erlaß** der **restirenden Gefängnißstrafe** gebeten. Der **Kaiser** hat das **Gnadengesuch** **ab schlägig** beschieden. **Butterlin** wurde in Folge dessen zur **Abbüßung** der **Reststrafe** von **5 Monaten** ins **Militärgefängniß** für **Offiziere** nach **Hameln** transportirt.

**Rendsburg.** **Gesunkener Dampfer.** Der **Dampfer „Willie“** aus **Lundquist** (Schweden) ist Sonntag Nacht um **11 Uhr** nach einem **Zusammenstoß** mit dem **dänischen Dampfer „Neros“** aus **Esbjerg** bei **km 46,6** gesunken. Die **Belastung** ist **gerettet.** „**Willie**“ liegt auf der **Nordböschung** in der **Richtung** der **Kanalachse** auf etwa **8 m** **Wasser.** Der **Verkehr** im **Kanal** ist **ungeföhrt.**

**Briefkasten.**  
**Parteitagskomitee.** Sitzung: Mittwoch Abend 8 3/4 Uhr.

**Dankagung.**  
Allen denen, die den **Sarg** meines kleinen **Alfred** so reich mit **Stränzen** schmückten, sowie für die **herzliche Theilnahme**, die uns von allen Seiten zu **Theil** wurde, sagen ihren **innigsten** **Dank** **A. Kleinfeldt und Frau,**  
geb. **Kuonstin.**

**Ein möbliertes Zimmer zu vermieten**  
Klosterstraße 15a

**Ein leeres heizbares Zimmer**  
zu sofort oder zum 1. October zu vermieten.  
Näheres **Postinger Hüer 50a, 1.**

**Eine Wohnung zu verm.** zum 1. October.  
Näheres **F. Giese, Stadtsdorf.**

**Eine kleine Wohnung zu vermieten**  
Regidienstraße 69/12

Durch **Fussfall** ist zum 1. October noch eine **kleine Wohnung** zu vermieten, Preis **140 Mk.**  
**Sedanstraße 10a, 1.**

Es sind **Wohnungen** von **3 Zimmern** zu vermieten zum 1. October in **Friedenstraße 143.**  
**Kathke & Merker.**

**Ein freundlich möbliertes Zimmer**  
an einen Herrn oder Dame  
**Schönebergstraße 53.**

Begehrt eine **ältere Frau** bei **Kindern**  
**Gartenstraße 44/11.**

Begehrt ein **Schuhmachergehilfe**  
**Schönebergstraße 10.**

Ein **kleiner eigener Ofen** und eine **Wasserpumpe** in **verantw. Veräußerung**  
zu verkaufen mod. **Kindertwagen, Kinderbettchen** und **Klappstuhl** **Postingerstraße 10.**

**Eine fast neue Wasserpumpe**  
billig zu verkaufen **Reichenstraße 84, 1.**

Wegen **Umzug** drei **Lichter Gardinen,** zwei **Gardinenkasten,** drei **Kindersäulen,** eine **Wagendette,** ein **Wäschtopf,** ein **Soldatensack** mit **Unterjack,** zwei **Bücher,** ein **Abendmantel,** **2 Ankerseifen** hinter **St. Petri 7.**

**Gute türk. Pistolen**  
Preis **10 Pfg.**

**T. Buhrmann.**

**Kronsbeeren**  
täglich frisch, empfindlich

**Ludw. Hartwig, Karan 8.**

## Geschäfts-Veränderung.

### J. Flotow

#### Schuhwaaren-Reparatur- u. Maßgeschäft

Meinen geehrten Kunden zur gefl. Kenntniß, daß ich obiges Geschäft von **Sadenburger Allee 55a** nach **Schöneböfenerstraße 10** verlegt habe und bitte ich, mich auch ferner gütlich zu unterstützen

Zu Folge stetiger Steigerung des Rohmaterials sehen wir uns veranlaßt, die **Einkaufspreise** für

# Margarine

zu erhöhen und stellen sich die **Detail-Preise** für unsere feinsten Qualitäten

**Special-Marke „Rose“** auf **80 Pfg. pro Pfund.**

**Hansa „Extra“** auf **70 Pfg. pro Pfund.**

**Hansa F.F.** auf **60 Pfg. pro Pfund.**

**Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“.**

**Lebenshoffstraße 7 J. Schröder & Co. Lebenshoffstraße 7**  
**Telephon 913. Telephon 913.**

**Vertreter: Wilh. Hammer, Bahnhofsstraße 52.**

## Engelsgrube 53 H. Mohr Schwönetenquerstr. 1

### Möbel-Ausstattungs-Geschäft

empfehlen  
**grosses Lager in Mobilien, einfach und elegant.**

**Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.**  
**Verkauf auf Waack auch auf Theilzahlung.** **Anficht gerne gestattet.**

**Fahrräder**  
und  
**Reparaturen aller Systeme.**  
**Sämmtliche Ersatztheile stets auf Lager.**

**H. Benthien, Rehusiter,**  
**Fackelburger Allee 53.**

**Gute Begehrer und Sälen zu verk.**  
**Benthien, Fackelburger Allee 53.**

**Empfehle**  
**sämmtliche Weine und Spirituosen, sowie**  
**fr. Braubier aus d. Gewerkschaftsbrauerei**  
**R. Storch, Friedenstraße 43.**

**Kanalfahrt nach Berenthin**  
**per Dampfer „Polar“**  
**Mittwoch den 11. September 1901.**  
**Ab 10 Uhr von 1.30 Nachm., Bergthor und**  
**Schiffstraße anlaufend. Rückfahrt 6.30 Abends.**  
**Kanalfahrt nach Berenthin 1 Mk., nach Krumme-**  
**see 70 Pfg., nach Büssa 50 Pfg., Kinder die**  
 **Hälfte.**

## Busch's Möbelmagazin

— **Alfstraße 21** —  
empfehlen:

1 schlaf. Bettstellen	von 11.—	Mk. an.
Reiderichränke	„ 16.—	„ „
Commoden	„ 16.—	„ „
Sophatische	„ 14.—	„ „
Rohrstühle	„ 4.50	„ „
Polsterstühle	„ 7.—	„ „
Theeschränke	„ 16.—	„ „
Verticows	„ 25.—	„ „



**Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.**  
Am **Mittwoch** den **11. September:**  
**Saalfahren im Vereinshaus.**

## Gewinnliste

der **Lombola** des **Quartett-Vereins „Luba“** in **„Hansahn's Concerthaus“**, am **Sonntag** den **8. September.**

72	81	143	148	159	301	310	357
377	438	476	486	511	566	586	613
670	727	740	743	745	753	756	878
879	907	926	954	973	980	1000	1047
1061	1123	1168	1192	1247	1297	1310	1314
1325	1352	1368	1412	1470	1493	1601	1614
1636	1682	1738	1760	1794	1826	1874	1905
1926	1939	2109	2151	2166	2176	2178	2202
2203	2294	2296	2319	2326	2339	2417	2509
2565	2633	2666	2687	2740	2743	2754	2912
2946	2951	2973	2977	2980	3007	3089	3100
3134	3136	3139	3157	3208	3209	3252	3279
3289	3305	3309	3324	3471	3476	3526	3537
3576	3580	3593	3649	3694	3696	3702	3703
3721	3728	3750	3773	3785	3810	3811	3820
3839	3846	3861	3925	4013	4026	4041	4115
4179	4218	4225	4241	4248	4267	4278	4358
4411	4417	4420	4469	4479	4645	4683	4745
4770	4812	4843	4866	4889	4909		

Die **Gewinne** sind bis zum **13. September** in **„Hansahn's Concerthaus“** bis **Abends 9 Uhr** in **Empfang** zu nehmen, **später** bei **Herrn W. Saueracker**, **Kriehstraße 18, 1. Etg.** Die **bis zum 25. September** nicht **abgeholt** **Gewinne** verfallen an den **Verein.**

## Zur Frage der Hamburger Affordmurer.

I.

Die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells hat sich veranlaßt gesehen, über die Ursachen des Konflikts im Hamburger Maurergewerbe eine Darstellung zu geben, die zugleich einen Protest gegen den Schiedspruch darstellt. Wir fühlen uns veranlaßt, diese Darstellung vollständig wiederzugeben, um auch fernerhin, wie bisher, in der objektivsten Weise über den ganzen Streitfall zu berichten. Die Kommission schreibt:

Sind die Hamburger Affordmurer Streikbrecher oder nicht?

Auf Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskartells wird folgendes zur Aufklärung über den eigenartigen Konflikt, der sich augenblicklich im Hamburger Maurergewerbe abspielt, veröffentlicht:

Im Hamburger Maurergewerbe herrscht seit ca. 60 Jahren das Affordsystem und zwar in der allerhöchsten Form: dem Kolonnensystem.

Dieses System bietet den Unternehmern außer manchem Anderem hauptsächlich den Vortheil, daß sie Barriere, Aufseher und ihre eigene Zeit sparen, indem bei dem Kolonnensystem die Arbeiter gegenseitig ihre eigenen Antreiber sind. Wird durch äußerste Kraftanstrengung wirklich ein höherer Verdienst erzielt, so legen die Unternehmer den Affordpreis bei nächster Gelegenheit herab. Um auch dann noch den einmal erzielten Verdienst herauszuwirtschaften zu können, wird die Kolonne etwa von zwölf Mann auf neun verkleinert, die Leistung des Einzelnen wird einer scharfen Musterung unterzogen, die zu leicht Befundenen werden austrangiert. Die Folge für das gesamte Gewerbe ist: Durch das vermehrte Angebot der arbeitslos Gewordenen wird eine stetige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bewirkt. Bei dem immer mehr und mehr umfänglichen Affordsystem entstand unter den Kolonnen die schärfste Konkurrenz, die Kolonnen reisten von Bau zu Bau und unterboten sich gegenseitig. Die dadurch erzeugte Korruption in den Arbeiterkreisen bedeutete selbstverständlich zugleich Untergrabung der Solidarität und Gefährdung der Organisation. Die wirtschaftliche Schädigung zeigte sich am fühlbarsten dann, wenn die günstige Bauperiode vorüber war und die Unternehmer die Affordarbeit nicht mehr brauchten. Da sie jedoch die Leistungsfähigkeit der Gesellen beim Affordsystem genau kennen gelernt hatten, wurde auch dasselbe Quantum Arbeit im Stundenlohn verlangt. Wie sehr durch die Affordarbeit in Hamburg die Löhne gedrückt sind, beweist folgende Thatsache.

Im Jahre 1878 wurde von der Baumgewerkschaft - Innung „Bauhütte zu Hamburg“ folgender Tarif bestimmt und als Richtschnur für die Meister festgelegt:

Bei zehnstündiger Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn an gewöhnlichen Wohnhäusern, Puzbau pro 1000 Steine 6,60 Mk. Darnach mußte heute bei 65 Pf. Stundenlohn und 9 1/2 stündiger Arbeitszeit der Preis für 1000 Steine auf 8,14 Mk. gestiegen sein. Es werden jedoch, obgleich bedeutend größere Steine verarbeitet werden, nur 5,70 Mk. bis 6,50 Mk. bezahlt. Das bedeutet einen Rückgang im Lohn von 20 bis 25 Prozent, und dabei verlegt man dem Arbeitgeber die Treppenschufen und das gesammte Eisenzeug noch gratis, was bei obigem Satz aus dem Jahre 1878 nicht der Fall war.

Noch ein Beispiel: Bei der Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbauten erzielten die Maurer im Jahre 1899 für massive Decken zu pugen pro Quadratmeter 50 Pfg.; im nächstfolgenden Jahre machten die Maurer dieselbe Arbeit für 25 Pfg. Also innerhalb eines Jahres hat man sich 50 Proz. abschwächen lassen. Um nun den Ausfall wieder weit zu machen, wurde von 4 Uhr Morgens bis in die Nacht hinein gearbeitet, und selbst der Sonntag zu Hülfe

genommen. Hier ist der Beweis erbracht: durch die Affordarbeit wird das Bestreben für die Erringung des Achtstundentages und einen auskömmlichen Stunden- oder Tagelohn arg gehemmt.

Aus allen diesen Gründen versuchte die Gewerkschaft der Maurer das Kolonnen-Affordsystem abzuschaffen und dafür die Zeit- oder Tagelohnarbeit einzuführen. Nicht plötzlich und durch Ueberrumpfung der Berufsgenossen, wie fälschlicher Weise behauptet wird, ist man zu dem Beschluß gelangt, endgültig die Affordarbeit zu beseitigen, sondern es hat jahrelanger Arbeit bedurft, um die Mitglieder über die verderblichen Folgen des Affordsystems aufzuklären, und nur langsam brach sich die Erkenntniß Bahn, daß, wenn im Maurergewerbe die unmenschliche Schufsterei, die gemeingefährliche und weite Kreise bedrohende Puscherei aufhören soll, um einer anständigen und soliden Arbeitsweise Platz zu machen — zunächst die Affordarbeit beseitigt werden müsse.

Schon in den achtziger Jahren ist die Frage auf Abschaffung der Affordarbeit lebhaft ventilirt worden und auf dem sechsten Kongreß der Maurer Deutschlands, der im Jahre 1889 in Halle a. d. S. tagte, geistelte der Maurer Stufen-Altkona, der jetzige geistige Leiter der von den Affordmaurern gegründeten Sonderorganisation „Freie Vereinigung der Affordmurer Hamburgs“, die Affordarbeit und hob die Vortheile eines festen Tagelohnes hervor.

Dann kam das unglückliche Jahr 1890, in welchem die Maurer nach heldenmüthigem Kampfe für die Erringung des neunstündigen Arbeitstages unterlagen und die darauf folgenden schlechten Jahre wirtschaftlichen Niederganges bis zum Jahre 1895, in welcher Zeit die Organisation bis auf ein Minimum zusammengeschrumpft war, die aber von da ab wieder erflorte, bis man 1897 das erfreuliche Resultat zu verzeichnen hatte, daß der weitaus größte Theil der Hamburger Maurer wieder der Organisation angehörte und somit letztere als die rechtmäßige Vertretung der Maurer anzusehen war.

Nunmehr wurde die Frage der Affordarbeit wieder lebhafter diskutiert und man beschloß, auf sämtlichen in Hamburg vorhandenen Bauten eine Umfrage zu halten, um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen.

Diese vorgenommene Abstimmung ergab folgendes Resultat: An 148 Bauten sind 1935 Maurer befragt worden, ob dieselben sich für Abschaffung der Affordarbeit erklären oder gegen. Von obigen 1935 waren dem 1225 für die Abschaffung der Affordarbeit und nur 129 wollten die Affordarbeit beibehalten, 251 haben sich der Stimme enthalten. Nach dieser Abstimmung war es nunmehr die Pflicht der Organisationsleitung, mit Energie dahin zu drängen, daß die Affordarbeit beseitigt werde. Hierzu bot sich die passendste Gelegenheit bei der im Jahre 1899 entstandenen Lohnbewegung und wurde im Verlaufe derselben am 15. März 1900 in einer stark besuchten Mitgliederversammlung folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Tütze's Etablissement tagende, von zirka 2000 Personen besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, erklärt sich damit einverstanden, daß die Lohnkommission bei der eventuell noch stattfindenden Unterhandlung mit der „Bauhütte“ zu Hamburg mit allen Mitteln versucht, eine Einigung darüber herbeizuführen, daß die Affordarbeit unter allen Umständen abgeschafft wird. Ferner wird die Lohnkommission beauftragt, dafür einzutreten, daß auch das bei verschiedenen Meistern eingeführte und beliebte System der Gratifikation, welches nur eine andere Form der Affordarbeit ist, abgeschafft wird.“

Gegen die Annahme dieser Resolution hat keiner der Affordmurer das Wort ergriffen.

Hierauf kam dann eine Einigung mit der Arbeitgeberorganisation zu Stande, was um so leichter gelang, als auch die besseren und solideren Firmen unter dem unheilvollen Einfluß der Affordmurer und der Konkurrenz des Baulöwenhums, — das keine Erfolge der Affordarbeit verdankt — zu leiden hatten.

Am 26. April 1900 wurde dann von einer in der „Gessinghalle“ tagenden Mitgliederversammlung, die von der Baugewerkschaft einseitig und den Vertretern der Maurer und Zimmerer andererseits vereinbarte Arbeitsordnung, welche im § 1 lautet: „Alle Arbeiten werden in Stundenlohn, nicht in Affordarbeit ausgeführt“, fast einstimmig genehmigt. Denjenigen Kollegen, welche noch Affordarbeit übernommen, wurde noch eine Frist bis zum 1. Juli gegeben, von diesem Termin ab sollte dann jede Affordarbeit im Hamburger Maurergewerbe aufhören.

Einige, der bei der Abstimmung in der Minorität gebliebenen Affordanhänger, schienen jedoch zu glauben, daß der Beschluß seitens der Verwaltung nicht konsequent durchgeführt werden würde und machten den Versuch, heimlich mit den Bauunternehmern Affordverträge abzuschließen, was der Zahlstellenverwaltung Veranlassung gab, mit vierzehn Kollegen, welche bei dem Unternehmer Willens u. Wöhlert beschäftigt waren, über diese Angelegenheit zu verhandeln. Die 14 Mann hatten anfänglich den traurigen Muth, dieses abzuleugnen; als ihnen das nicht gelingen wollte, wurden dieselben grob und brutal und weigerten sich, den Tarif anzuerkennen.

Nunmehr blieb der Gewerkschaft nichts weiter übrig, als diese Eigenbröddler nach einer nochmaligen Verwarnung auszuschließen. Statt nun ihren Fehler einzusehen und zur Organisation zurückzukehren, wurde von ihnen eine Sonderorganisation gegründet.

Sie schloßen mit kontraktbrüchigen Unternehmern Verträge ab, um auf diese Weise Hand in Hand mit denselben ihre eigenen Kollegen zu verrathen.

Wie diese Leute wirtschafteten, dafür möge folgendes Beispiel dienen:

Der Unternehmer Baumgarten, Mitglied der Innung, hatte ein größeres Terrain für Baupespekulationszwecke erworben. Hier arbeiteten ca. 40 bis 42 Maurer in Tagelohn, dreizehn derselben gehörten dem Affordverein an, die Uebrigen waren Mitglieder des Verbandes. Die Affordmurer bearbeiteten den Unternehmer so lange, bis sie ihn glücklich zum Tarifbruch gebracht.

Jetzt aber wurde von den Affordmaurern den Verbandsmitgliedern erklärt, daß ihrerseits ein Affordvertrag mit dem Unternehmer abgeschlossen sei, wer damit einverstanden, konnte weiterarbeiten, wenn der Verband es nicht erlaubte, könnten sie ja der Affordvereinigung beitreten. (!)

Es wurde hiermit der Versuch gemacht, die Verbandsmitglieder zum Verrath an der Organisation zu verleiten.

Ein anderer Unternehmer, S. H. M. Eggers, ebenfalls Mitglied der Innung, hatte seine Arbeiten in Afford vergeben. Durch das Dazwischentreten der Zentralorganisationen der Maurer und Zimmerer kam ein Vergleich zu Stande, nach welchem sich der Unternehmer schriftlich und auf Ehrenwort verpflichtete, an dem fraglichen Bau nicht mehr in Afford arbeiten zu lassen; gleichzeitig war in der Abmachung festgelegt, jeder am Bau beschäftigte Maurer mußte obige Verpflichtung unterzeichnen, welches auch geschah. Jedoch bald nachdem wurden die Verbandsmitglieder herausgeschoben und Unternehmer und Affordmurer schloßen, trotz geleisteter Unterschrift und gegebenem Ehrenwort, von Neuem an derselben Baustelle einen frischen Afford ab

## Die Vaterlandslojen.

Historische Novelle von E. Lübeck.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Unbeirrt sprach Guldenstern weiter:

„Einer armen leibeigenen Familie war die Gräfin vor allen andern Bewohnern des Dorfes zugethan gewesen, doch hatten sie weniger die Eltern als deren Kind, ein reizendes Mädchen im Alter von wenigen Jahren gefesselt. Stundenlang konnte sie sich mit dem Kinde beschäftigen, es auf ihren Knien schaukeln, es herzen und küssen; sie liebte es als wäre es das ihrige, und ihr größtes Vergnügen bestand darin, ihren Knaben mit dem kleinen Wesen spielen zu sehen. Als die Gräfin gestorben war, glaubte ihr Gemahl nicht besser ihren letzten Wunsch erfüllen zu können, als daß er die kleine Kathinka seinem Sohne zur Gespielin gab.“

„Kathinka! Doch ja — ich weiß — es ist wahr, ich gab sie ihm zur Gespielin.“

„Wie Kathinka die Mutter Kasimirs bezaubert hatte, eroberte sie auch schnell die Liebe des Vaters. Den größten Theil seiner Zeit verbrachte der Vereinsante in der Kinderstube, wo er Antheil an den Spielen des kleinen Paares nahm. Kathinka war ihm bald sein liebes Töchterchen geworden und nie war er glücklicher, als wenn ihre zarten Händchen seine Waden streichelten, wenn ihn der kleine Wilsfang stürmisch umhastete und küßte.“

Den alten Grafen schien die Erinnerung lebhaft zu beschäftigen. Röhre färbte seine Wangen.

„Viele Jahre vergingen den Glücklichen, ohne daß auch nur ein leiser Schatten den Himmel ihres Daseins getrübt hätte. Kasimir und Kathinka entwuchsen den Kinderschuhen, der Graf merkte nichts davon, denn die Liebe seiner „Kinder“, wie er sie nannte, war nicht nur dieselbe geblieben, sie hatte sich sogar verdoppelt. Die geschwisterliche Liebe war mit der Zeit einer tieferen Neigung gewichen. Der

Graf ließ es ruhig geschehen, daß der unscheinbare Funke zur Flamme wurde, die bei dem ersten Hinderniß, das sich ihr in den Weg stellte, zur mächtigen, unauflöschbaren Gluth sich entfalten mußte.“

Der Graf schwieg noch immer; er hatte die Hände gefaltet und schaute sinnend zu Boden.

„Das, was ich Ihnen jagte, war notwendig, Herr Graf, wenn dasjenige, was ich Ihnen jetzt sagen muß, Ihr volles Verständnis finden sollte.“

„Seien Sie kurz, was können Sie noch zu sagen haben?“

„Ein Wolf im Schafskleide, stahl sich ein verruchter Mensch in den glücklichen Kreis, es war der Baron Wilenstein, er hatte ein Auge auf das Mädchen geworfen, er mußte es besitzen, es koste was es wolle. Es gelang, das Herz des Vaters zu entfremden, der das eigene Kind aus dem Hause jagte und das unglückliche Mädchen zur Beute des Wüßlings machte.“

„Mein Herr, Sie erlauben sich Worte in meinem Hause — Sie mißbrauchen das Gastrecht.“

„Ich bin mit meiner Geschichte zu Ende, Herr Graf, an Ihnen ist es, sie zu vollenden.“

„Dacht ich's doch — dacht ich's doch“, flüsterte der Alte leise, „er ist abgehakt, um mir den Tod zu geben — ja — ja — so ist es. Sie haben einen bösen Traum heraufbeschworen, ich weiß es nicht, was Sie damit bezwecken“, sagte er lauter, aber mit unsicherer, zitternder Stimme.

„Dem edelsten der Menschen das Wort zu reden“, brach Guldenstern warm hervor, „in der Brust seines Vaters den Funken der Liebe wieder zur Flamme anzufachen. Geben Sie Ihren natürlichen Gefühlen Raum, Herr Graf.“

„Lassen wir das, mein Herr, es darf ja nicht sein. Sehen Sie“, fuhr der Graf fort, „was zaudern Sie noch, sagen Sie ihm, der Sie gesandt — Sie hätten eine lebende

Leiche gefunden, doch der einzige Hauch, der sie befeelt, sei — die heiligste Liebe — für das Wohl des Vaterlandes gewesen.“

Einen Augenblick hatte Guldenstern gehofft; er sah ein, daß er sich getäuscht, er wollte antworten, doch der Graf hatte sich erhoben und war mit wankenden Knien in die Mitte des Zimmers getreten, wahrscheinlich um die Thür zu erreichen. Die Schwäche übermannte ihn, er brach bewußtlos zusammen und wurde von einem der Gäste hinausgetragen.

„Ihre Mühe war umsonst, mein Herr“, rebete der im Zimmer zurückgebliebene Graf Rzeznicki Guldenstern an, der sich zum Gehen anschickte.

„In der That, der alte Herr fühlt es, daß er unrecht gehandelt, aber die Kraft fehlt ihm, die Vergangenheit zu versöhnen und in seiner Noth klammert er sich an die Zweige seines Stammbaumes, an das verrathene Vaterland. — Sie scheinen dem Grafen nahe zu stehen, mein Herr, ist Ihnen bekannt, ob er irgend eine Nachricht von seinem Sohne erhalten?“

Rzeznicki warf dem Fragenden einen mißtrauischen Blick zu.

„Kein, der Schuldbeladene hat es nicht mehr gewagt, vor seinem Angefichte zu erscheinen — er hatte nur die Kühnheit, ihm im Anfange einige Briefe aus Deutschland zu schreiben, doch sie wanderten ungelesen in's Feuer!“

„Aus Deutschland,“ sprach Guldenstern vor sich hin, „und aus welcher Gegend kamen die Briefe?“

„Aus Baden, mein Herr.“

„Noch eine Frage, Herr Graf, Sie sprachen von einem Schuldbeladenen. Was für ein Verbrechen legt man Kasimir zur Last?“

„Wissen Sie es denn nicht,“ antwortete der Graf, „er hat sich des Vaterlandsverraths schuldig gemacht, die Liebe der Dirne zog er der heiligen Sache des Vaterlandes vor.“

# An die Parteigenossen

der Provinz Schleswig-Holstein, des Herzogthums  
Lauenburg, des Fürstenthums Lübeck und der freien  
Hansestadt Hamburg.

Laut Beschluß des im Jahre 1900 zu Kiel stattgefundenen  
Parteitages soll der nächste Parteitag 1901 in Altona stattfinden.  
Diesem Beschluß entsprechend hat die Agitations-Kommission be-  
schlossen, den Parteitag für die obgenannten Landestheile zum

**13. Oktober 1901, Nachmittags 3 Uhr,**  
nach Altona, Etablissement Blumenjale, Gr. Freiheit,  
einzuberufen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitations-Kommission. Referent:  
H. L. Lauenburg
2. Bericht über die Presse. Referent: E. B. Adler und  
Jul. Krause, Kiel.
3. Bericht der Kommission über den Entwurf des Kom-  
munalwahl-Programms. Referent: Karl Frohne,  
Hamburg.
4. Berathung und Beschlußfassung über eingegangene Re-  
sultationen und Anträge, soweit sie nicht schon durch die  
obigen drei Punkte der Tagesordnung erledigt sind.
5. Wahl der Sitz der Agitations- und Propaganda-Kommission.

Parteigenossen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung  
erwarten wir, daß alle Wahlkreise der Verhältnisse entsprechend  
am dem Parteitage vertreten sind.

Die von den Vorortern der einzelnen Wahlkreise aufgestellten  
Jahresberichte sollen am 15. September, Anträge, welche  
gedruckt dem Parteitage vorgelegt werden sollen, müssen spä-  
testens bis zum 22. September 1901 bei dem Parteitag ein-  
gegangen sein.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß der Parteitag vor-  
sitzend zwei Tage dauern wird, wonach sich die Delegierten  
entschieden haben.

Die Wahlen der Delegierten sind in Parteiverbathungen  
vorzunehmen. Für diejenigen Orte und Bezirke, in welchen es  
den Umständen erschwert wird, Versammlungen abzuhalten, empfiehlt  
es sich, die Wahl der Delegierten durch Unterhändler, oder an Orte  
anwesenden und thätigen Genossen übertragen zu lassen, unter Ver-  
sicherung der Integrität des Agitations-Programms. Die gewählten  
Delegierten der einzelnen Kreise werden ersucht, umgehend nach Mit-  
theilung der Wahl ihre genaue Adresse dem Parteitag zu mit-  
theilen, die Mandatsformulare nach dem dem Parteitag beigefügten Beleg-  
bogen umzugeben.

Amelungen betreffen Logis und Verpflegung an den Vor-  
ortern.

Carl Heinrich, Hamburg, Fehlandstraße 11,  
zu richten. Derselbe ist auch bereit, Auskunft über die gewünschten  
Logis zu erteilen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

**Die Agitationskommission.**

H. L. Lauenburg,  
Kreuzstraße, Eichenstraße 14

## Soziales und Parteileben

**Streits und Lohnbewegungen.** 800 Arbeiter sind  
in Wilna (Rußland) in den Streik getreten. Die augen-  
blickliche Krise haben sich die Unternehmer zu Nütze gemacht  
und die Löhne herabgesetzt. Die Streikenden verlangen  
gleiche Löhne für gelehrte und ungelehrte Arbeiter. — Die  
schottischen Bergleute müssen ein Lohnherab-  
setzung von 12 1/2 Proz. über sich ergehen lassen. Sie  
waren wegen der beabsichtigten Lohnherabsetzung mit den  
Unternehmern in Konflikt getreten. Um einen Ausstand  
möglichst zu vermeiden, unterbreiteten sie die Angelegenheit  
dem Richter Jameison; derselbe fällte als Schiedsrichter  
obigen Spruch. Von diesem werden 70 000 Bergleute be-  
troffen; der Lohnausfall wird 6 d pro Tag ausmachen.

**Für politische erklärt wurde in Hildesheim die  
Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes, weil  
über das Zwangsammengesetz verhandelt worden war.**

**Aus Schwarzburg-Rudolstadt.** Ohne Angabe von  
Gründen verbot die Ortsbehörde zu Gräfinau, ohne  
Zweifel auf Anweisung des Rudolstädter Landrathes, die  
Abhaltung des diesjährigen Schwarzburg-Rudolstädter  
Parteitages. Schon früher waren die Genossen dieses  
„Großrautes“ öfter gezwungen, nach dem „Auslande“  
Festungen oder Meinungen zu gehen, um dort die Parteitage

zu abhalten. Die Arbeiter sind hier eben auf Grund des  
§ 3 des Versammlungsgesetzes (Gefahr für die öffentliche  
Ordnung) völlig der Willkür der Polizei überantwortet.

**Das Strafkonto der Arbeiterbewegung** ist im  
Monat August nach den Zusammenstellungen des Partei-  
vorstandes belastet worden mit insgesammt 8 Monaten,  
10 Wochen und einem Tag Gefängniß und 1610 Mark  
Geldstrafe.

**Der französische Sozialdemokratie** fehlte es bis-  
her an einem illustrierten Partei-Organ. Diese Lücke soll  
nunmehr ausgefüllt werden; vom 21. September ab wird in  
Paris der „Cri du Peuple“ erscheinen. Der Preis soll sich  
pro Nummer auf 10 Centimes belaufen; Mitarbeiter sind  
unter Anderen: Allemaire, Viviani, Henry Turot, Briand  
u. s. w.

**Der österreichische Gesamt-Parteitag**, der für  
den 29. September einberufen war, ist auf den 1. November  
verschoben worden. Die Gründe liegen in der mittlerweile  
erfolgten Ausschreibung der Landtagswahlen in Böhmen.  
Die Sozialdemokratie ist in einer Reihe von Bezirken mit  
Kandidaten betheilig, jedoch die böhmischen Genossen in der  
Zeit, wo die Wahltagung am heftigsten sein wird, unmög-  
lich abkommen könnten. Der Parteitag wird nun am 1. No-  
vember in Wien zusammenreten.

**Aus Mag und Fern.**  
**Kleine Chronik.** In Niederhermsdorf  
(Schlesien) brach in dem am Fuße des Hochwaldes einsam  
auf freiem Felde belegenen Glücksaussicht der vereinigten  
Glückhils-Friedenshoffnungs-Grube Feuer aus. Da Hilfe spät  
eintraf, wurden sämmtliche Bauten über dem Schacht und  
große Holzvorräthe ein Raub der Flammen, dann schlug das  
Feuer in den Schacht, und trotzdem fünfzehn Spritzen schickten,  
ist das Feuer bis jetzt hundert Meter tief vorgebrungen.  
Zum Glück ist kein Verlust an Menschen zu beklagen. —  
Dem Mörder des vierzehnjährigen Knaben, der jüngst bei  
Angermünde als Leiche gefunden wurde, scheint man  
jetzt auf der Spur zu sein. Der Ermordete, ein Sohn des  
Tischlermeisters Tiedge in Berlin, hatte mit dem ihm be-  
freundeten 15jährigen Barbiergehilfen Paul Harandarski  
einen Ausflug per Rad gemacht und ist von diesem auf  
dieser Tour ermordet worden. Dem Verbrechen liegt ein  
häßliches Motiv zu Grunde, das seinen Anknüpfungspunkt in  
geschlechtlichen Verirrungen des Barbiergehilfen hatte. Der  
Mörder ist flüchtig. — Großfeuer herrschte Freitag in dem  
meiningenschen Der Gardsdorf. 20 Gebäude wurden ein-  
geäschert. Der Schaden ist bedeutend. — Die Strafkammer  
in Nürnberg verurtheilte den Rechtsanwalt Brachmann  
wegen Untreue zu vier Monaten Gefängniß. — In Malakoff,  
einer Vorstadt von Paris, fand man in einem Koffer,  
den eine ältliche Arbeiterfrau ausgelegt hatte, den Leichnam  
eines fünfzigjährigen Mannes. Der Fall erinnert in allen  
Einzelheiten an die ähnliche Leichenaffäre, die vor einiger  
Zeit weit über Paris hinaus Aufsehen erregt hat.

**Lex Heinzeles.** Ein eigenartiges Verteidigungs-  
mittel brachte der Handelsmann Ellenberger vor, als er sich  
Freitag vor der zweiten Ferienstrafkammer des Land-  
gerichts I in Berlin wegen Vertriebes unzüchtiger Bilder  
zu verantworten hatte. Der Angeklagte hielt eines Tages  
mit seinem Karren, der eine Menge der verschiedenartigsten  
Dinge enthielt, in der Gassenstraße. Ein hinzukommender  
Kriminalbeamter wurde gewahr, daß besonders junge, noch  
schulspflichtige Mädchen den Karren umfanden und mit  
Interesse kleine, ihnen vom Angeklagten überreichte Spiegel  
betrachteten. Auch der Beamte ließ sich einen solchen geben,  
hauchte darauf, wie ihm die Anleitung gegeben wurde und  
bemerkte, daß dann auf dem Glase die Umrisse einer un-  
bekannten weiblichen Figur hervortraten. Jetzt offenbarte er  
sich dem Verkäufer gegenüber als Kriminalbeamter, er be-  
zeichnete die Spiegel als solche, die gegen die Lex Heinzeles  
verstoßen (sehr merkwürdig, dieser Sehektwurf ist niemals  
verstehe geworden. D. Red.) und nahm den Vorrath — drei  
Stück — mit sich. Der Angeklagte behauptete im Termine,  
daß nur klassische Figuren, wie sie in Museen und auf der  
Straße überall zu sehen seien, durch den Hauch hervor-  
gezaubert würden, er bestreite entschieden, daß sie anstößig  
wären. Dann holte er eine Nummer der „Morgenpost“ her-  
vor und unterbreitete dem Gerichtshofe eine Abbildung des  
„Wagenbauers“ den der Kaiser in seinem Park in Potsdam  
haben aufstellen lassen. Diese Figur sei vollständig unbe-  
schadet. Der Gerichtshof kam nicht zu einer Beurtheilung  
darüber, ob die Hauchbilder unzüchtig seien, oder nicht, denn

er stelte sich heraus, daß die beschlagnahmten Spiegel so  
viel angehaucht worden waren, daß die  
Bilder nicht mehr hervortraten. Schon aus  
diesem Grunde mußte der Staatsanwalt die Frei-  
sprechung beantragen und der Gerichtshof demgemäß er-  
kennen.

„Verbrecht mir ja die Flasche nicht! Mein  
König trank daraus.“ Bei einem Antiquitätenhändler  
in der Wilhelm-Straße unweit der Leipziger Straße in Berlin  
sieht man, wie ein Gewährsmann des „Vorwärts“ konstatiert  
hat, bei einem Antiquitätenhändler unter allerhand sonstigen  
Merkwürdigkeiten, die dort zum Verkauf ausstehen, auch ein  
aus militärischen Kreisen stammendes Champagnerglas mit  
eingeprägter Inschrift, über dessen Wesen und Werth das  
folgende dabei liegende Schriftstück Auskunft giebt:

Offizier-Kasino des  
3. Garde-Ulanen-Regiments  
(Stempel.)  
Es wird hiermit der Wahrheit gemäß bescheinigt,  
daß aus beifolgendem Glase (Wein- oder Bierglas) mit der Inschrift:  
Aus diesem Glase trank am 7. März 1900 Seine Majestät  
Kaiser Wilhelm II. auf das Wohl des III. Garde-Ulanen-  
Regiments) Seine Majestät der deutsche Kaiser am 7. 3.  
1900 getrunken hat.

Potsdam, den 10. März 1900.  
(Name, anscheinend): A. Gehrig.  
Rechnungsführer des Offizier-Kasinos  
des 3. Garde-Ulanen-Regiments.

Wie mag wohl dieses Glas mit seinem so prächtig ge-  
nauen Ursprungsattest in den Besitz des Antiquitäten-  
händlers gelangt sein, und was mag derselbe wohl dafür  
gezahlt haben!

**Eine spurlos verschwundene Kompagnie.** Daß  
in einem Kriege, wie der Englands in Südafrika, der so  
viele Ungeheuerlichkeiten und Merkwürdigkeiten gezeitigt hat,  
mancherlei abhandeln können kann, ist begreiflich; daß aber  
eine volle Kompagnie englischer Soldaten, die nach Afrika  
geschickt wird, mit sammt ihren Offizieren wie vom Erdboden  
verschlungen wird, das macht selbst Ben Mikas Sprichwort  
zu Schanden. Dreihundert Mann und zwei Offiziere von  
Sr. Majestät Edwards VII. Armee in Südafrika sind  
nirgendwo zu finden. Es steht fest, daß sie weder von den  
Buren gefangen wurden, noch in der Schlacht gefallen sind,  
auch führen die Listen sie nicht als Vermißte auf. Ja, es  
scheint sogar, daß sie, noch ehe sie England verließen, sich  
auf eine unerklärliche, geheimnißvolle Weise verkrümelte und  
in die Luft aufgelöst haben. Die Sache ist kein Scherz, die  
Kalamität ist wirklich vorhanden und beschäftigt nach dem  
„Daily Chronicle“ gegenwärtig alle Köpfe Großbritanniens.  
Wenn nicht Fehlei dabei im Spiel ist, so lautet ein un-  
geheurer Stalldel hinter der Sache. Es war vor einigen  
Monaten, das Kriegesieber in England hatte seinen Höhe-  
punkt erreicht, da meldete sich ein Edelmann aus Yorkshire  
und machte dem Kriegsamt das Anerbieten, eine Batterie  
von Yorkshire Artillerie-Freiwilligen aufzustellen, unter der  
Bedingung, daß er selbst sie befehligen dürfe. Sein Vor-  
schlag wurde nach einigem Zögern angenommen. Bald dar-  
auf traf in London dreihundert Mann der stattlichen  
Yorkshire ein, alles die ausgefeiltesten Kerle, Landleute,  
Fabrikarbeiter, kurz ein Kontingent, dessen kein Kommandeur  
sich würde zu schämen gehabt haben. Bald waren die Leute  
in den vorschrittmäßigen Kasken gekleidet. Die Truppe erhielt  
den Namen „98. Kompagnie Imperial Yeomanry“, und  
Kapitän Grigg, der sie aufstellte, übernahm den Oberbefehl  
über sie. Von jenem Tage an, da sie getauft worden, ver-  
schwand die Kompagnie von der Bildfläche, als wäre sie nie  
vorhanden gewesen. Alle Nachforschungen nach ihr blieben  
vergeblich. Niemand konnte ihren Aufenthalt erlernen. Auf  
dem Kriegsamt nahm man an, sie sei nach Afrika abgegangen,  
man vermuthete sie in Kimberley, aber auf eine Anfrage  
dort kam die Kabelaantwort, keine derartige Truppe sei je in  
Kapstadt oder irgend einem andern Hafen angelangt. In ihrer  
Heimath waren die Leute auch nicht, sie waren also nicht etwa  
an ihre Arbeitsstätten zurückgekehrt. Wo in aller Welt stecken  
die 98er? Und nun kommt der Hauptspass. Es liefen  
Bricke von Mitgliefern dieser Truppe aus Afrika in London  
ein, welche von Kämpfen und Abenteuern der 98er berichte-  
ten, aber sie waren vage datirt, von da und dort auf dem  
Feldt in Afrika, man wurde nicht klug, woher. Jetzt ist  
ein volles Jahr vergangen und noch immer weiß das Kriegs-  
amt nicht, was aus den 98ern geworden ist. Sonderbar,  
höchst sonderbar!

erst genug sein. Gut denn,“ sagte er laut, „so will ich  
später einmal wiederkehren.“  
Er schritt schnell hinaus. Im Garten stieß er auf den  
Bauer, der ihn mit fragenden Blicken empfing.  
„Sei ruhig, Väterchen,“ sagte ihm Guldenstern, „ich  
habe dich nicht verrathen, und werde es auch nicht thun,  
wenn du mir eins versprichst.“  
Der Bauer horchte hoch auf.  
„Ich lasse euch alle aufhängen, wenn dem alten Grafen  
ein Haar gekrümmt wird.“  
„Es soll ihm nichts geschehen, gnädiger Herr, ich schwöre  
es bei der heiligen Jungfrau.“  
„Am gut, ich werde euch überwachen und wehe euch,  
wenn ihr ein Haar seines Hauptes krümmt!“  
Guldenstern war ihm Begriff, weiter zu gehen, als der  
Bauer sich ihm näherte, während sein Blick spähend um-  
herflog.  
„Habe vorhin etwas vergessen.“ flüchelte er geheimniß-  
voll, „jenseits des Waldes liegt ein Kloster.“  
Er stockte.  
„Was ist's mit dem Kloster?“ fragte Guldenstern in  
gespannter Erwartung.  
„Da haben sie ihn hingebracht — den Freund von  
unserem jungen Herrn — den schändlichen Offizier, der häufig  
hier zum Besuch war. Es sind schon viele, viele Jahre her,  
aber er soll noch leben.“  
„Wer kann das sein?“ rief Guldenstern aufs Höchste  
überstürzt aus, „doch weiter, was weißt du von der Ge-  
schichte?“  
„Es war an einem hellen Abend im Frühjahr, als wir  
im Dorfe das Geräusch von herankommenden Wagen hörten,  
das ist immer ein Ereigniß, gnädiger Herr, wir Bauern  
sehen ja nur selten einen Fremden und gar einen Wagen,  
einen Wagen —“  
(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verlag: Theodor Schwanz. — Druck von Friedr. Neber & Co. — Druckstraße in Altona.